

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 2. Mai 1928
10. Jahrgang Nummer 102

Verkauft halbes Jahr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Kugelschreiber: Die schlesische Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanfragen 6 Pf., Postkarte 7 Pf. Die druckfertige Millimeterzelle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kerschauer Straße 60, Telefon 4710. Vertikales: Breslau 544, Madellierstraße 10, Kerschauer Straße 60, Telefon Ring 837. Expeditionsleiter: Kerschauer, von 12-12, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 26, Telefon 100; Grottkow, Grottkowstraße 2384, Telefon 100; Grottkow, Grottkowstraße 2384, Telefon 100; Grottkow, Grottkowstraße 2384, Telefon 100. Druck: „Pöppel“ Berlin, Fil. Breslau, Kerschauer Str. 60.

Der 1. Mai unter Polizeiterror!

Verhaftungen, Verbote, Zusammenstöße in aller Welt

Wir veröffentlichen in folgendem in der Hauptsache Meldungen der bürgerlichen „Telegraphen-Union“, die selbstverständlich den Eindruck des Welttags der Arbeit zu verkleinern versuchen.

Der 1. Mai in Paris

II. Paris, 2. Mai. Die Maifeiern in Paris ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Bis zum Mittag wurden 84 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich zwei kommunistische Stadträte, die jedoch bald wieder freigelassen wurden.

II. Paris, 1. Mai. Auf dem Place d'Italie und in der Nähe von Fabriken wurden 14 Kommunisten verhaftet, weil sie Flugblätter verteilten, die die Arbeiter zum Streik und zu Kundgebungen anlässlich der heutigen Maifeiern aufforderten.

II. Paris, 1. Mai. Der 1. Mai ist bisher ruhig verlaufen, obgleich das offizielle Organ der Kommunisten, die „Humanité“, zu großen Kundgebungen aufgefordert hatte. Man hatte daher Zwischenfälle befürchtet, die bis zur Stunde aber ausgeblieben sind. Immerhin aber haben zahlreiche Pariser Fabriken, so zum Beispiel die Automobilfabrik Citroën, ihre Betriebe geschlossen. Die Pariser Polizeipräfektur hat weitgehende Schutzmaßnahmen getroffen und hält an verschiedenen Stellen der Stadt größere Truppenansammlungen (!) bereit, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Die Truppen sind mit Maschinengewehren und Tanks versehen. In einer Besprechung, die gestern abend zwischen dem Innenminister, dem Pariser Polizeipräfekten und dessen Mitarbeitern stattfand, sind die Einzelheiten der Vorkehrungsmaßnahmen festgelegt worden. Die Drohszenen streifen alle ohne Ausnahme, so daß auf den Straßen nur Privatkraftwagen zu sehen sind. Der Straßen- und der Ufergrundbahnverkehr sind eingestellt, so daß die sonstigen Verkehrsmittel überfüllt sind.

Große Betriebsstilllegungen zum 1. Mai in Belgien

II. Brüssel, 1. Mai. Anlässlich des 1. Mai haben in vielen Städten Belgiens Kundgebungen für Frieden, Abrüstung und Weltfriedensfeier stattgefunden. An der Brüsseler Kundgebung nahmen mehrere tausend Arbeiter teil. Zwischenfälle sind bisher noch von keiner Seite gemeldet. Die Betriebsstilllegungen waren in Brüssel, Antwerpen, Lüttich und Charleroi sehr bedeutend.

Der 1. Mai in England und Spanien

II. London, 2. Mai. Der 1. Mai ist in England im allgemeinen gut verlaufen. Nennenswerte Arbeitsunterbrechungen waren nicht zu verzeichnen. Am Abend fanden zahlreiche Versammlungen statt.

II. Madrid, 2. Mai. Der 1. Mai ist in ganz Spanien als Fest der Arbeiter gefeiert worden. Alle Geschäfte waren geschlossen. In Madrid ruhte fast der gesamte Wagenverkehr. Straßenumzüge fanden nicht statt.

Maikumzüge in Japan verboten

II. Tokio, 30. April. Auf Veranlassung des Innenministers sind in ganz Japan Umzüge am 1. Mai verboten worden. Gleichzeitig sind in Japan zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. In Tokio und Osaka wurden allein über 300 Personen verhaftet. In Tokio verhielt die Polizei und die Gendarmerie einen verschärften Straßendienst.

Blutige Zusammenstöße am 1. Mai in Warschau

Verhaftungen in ganz Polen

(Eig. Draht.) Warschau, 2. Mai.

Die verbotene kommunistische Partei, die bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen in Warschau erhielt, brachte gestern einen gewaltigen Maikumzug zustande. Auf dem Theaterplatz ließ der kommunistische Zug zusätzlich auf eine sozialdemokratische Gruppe, die durch einen der berüchtigten „Stoßtrupps“ geschützt war. Diese Stoßtrupps sind nichts anderes als Faschisten, die von Wladimir Bolzen zur Niederwerfung der Kommunisten erhalten haben. Durch

eine bestimmt beabsichtigte Provokation dieser Banditen kam es zu blutigen Zusammenstößen. Polizei griff ein und verhaftete 200 Kommunisten. Die polizeiunfreundlichen Sozialisten blieben ungeschoren. Bisher wurden zwei Personen als getötet und 50 als verletzt bekannt.

Fast in allen Städten kam es zu Kommunistenverhaftungen, so wurden in Lemberg 70 Kommunisten und Ukrainer festgenommen.

Der 1. Mai in Argentinien

Buenos-Aires, 1. Mai. Um ein Wahlgeschäft zu machen, hatte die Regierung den 1. Mai zum Feiertag erklärt und den Regierungsozialisten die Erlaubnis zu einem Umzug erteilt. Die revolutionären Arbeiter standen diesem Rummel natürlich fern und veranstalteten eigene Feiern.

Vor der Generalausperrung in der schlesischen Textilindustrie

Breslau, 2. Mai. Zu den heute für die schlesische Textilindustrie stattfindenden Schlichtungsverhandlungen verbreitet die bürgerliche Presse folgende Mitteilung:

„In einer Sitzung der schlesischen Textilindustriellen, welche am Montag in Breslau stattfand, wurde die Ausperrung beschlossen, falls die Tarifkündigung in einigen Betrieben, wie bei Christian Dierig-Rangenberg und Fränkel-Neustadt nicht zurückgenommen wird.“

Fast scheint es, als solle der diesjährige Kampf in der Textilindustrie den gleichen Verlauf wie im Vorjahre nehmen. Die Antwort auf die Drohung mit der Ausperrung muß sein: Sofortige Streikproklamation (ohne Kündigung) in allen Textilbetrieben! Gleichzeitig muß beschlossene werden, an der geringen Forderung von zwölf Pfennig ohne Rücksicht auf eventuelle Verbindlichkeitsklärung eines schlechteren Spruches festzuhalten. (Siehe auch Artikel in der Beilage „Die Betriebe im Wahlkampf“)

Neue Verhandlungen in Sachsen

II. Berlin, 1. Mai. In den Lohnstreitigkeiten in der sächsischen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet. Die Ver-

Der 1. Mai als Triumphtag

In Moskau

Trennung von 20 000 Rekruten auf die proletarische Revolution. II. Moskau, 1. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat heute anlässlich der Maifeiern auf dem Roten Platz in Moskau eine Truppenparade stattgefunden, bei der die Regierung fast vollständig vertreten war. Auch Vertreter des diplomatischen Korps waren zahlreich erschienen. W. I. W. beehrte die Truppen zum Tage des internationalen Maifeiertages. Darauf legten 20 000 Rekruten den Treueeid auf die kommunistische Revolution und die Sowjetverfassung ab. Nach der Parade folgten Umzüge der Arbeiter und Jugendvereinigungen. Auf Versammlungen werden heute Stalin und Bucharin über die Aufgaben der Weltrevolution sprechen.

handlungen finden am 4. ... vormittags 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium statt. Der Streit um die Erneuerung des Manteltarifs hat durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 24. ... seine Erledigung gefunden.

Lohnverhandlungen in der Rheinschiffahrt gescheitert

Duisburg, 2. Mai. (Eig. Draht.) Nach zweitägiger Dauer sind am 30. April in Köln die Verhandlungen über die Lohnregelung in der deutschen Rheinschiffahrt ergebnislos abgebrochen worden.

II. Berlin, 30. April. Der Reichsarbeitsminister hat im Lohnstreit im Hamburger Hafen den unter dem Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Hamburg am 23. April gefällten Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Straßenbahnerstreik in Frankfurt und Offenbach

II. Frankfurt a. M., 1. Mai. Die Frankfurter und Offenbacher Straßenbahner haben beschlossen, ab Dienstag, den 1. Mai, in den Streik zu treten, weil sie den vom Zentralrat in Berlin gefällten Schiedspruch, der die von der Bezirkschiedsstelle in Frankfurt festgesetzten Löhne herabsetzt, als ungenügend betrachten.

Die Maikumgebungen im Reich

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Mai.

Die große gemeinsame Kundgebung der Berliner Arbeiter fand auf der Treptower Spielwiese statt. Zu Zehntausenden strömten die Massen aus den einzelnen Teilen Berlins heran, so daß der riesige Platz überfüllt war. Die kommunistischen Gruppen führten große Transparente mit sich, auf denen besonders gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes protestiert wurde. Zu den Massen sprachen kommunistische Redner, die auf die Kampfbedeutung des 1. Mai eingingen. Sämtliche Großbetriebe und die städtischen Werke hatten geschlossen. Am Abend fanden gesonderte Feiern in den Stadtteilen statt.

In Hamburg und in Sachsen ist der 1. Mai Staatsfeiertag. Infolgedessen herrschte dort völlige Arbeitsruhe.

Aus zahlreichen Städten wird gemeldet, daß die kommunistischen Kundgebungen unter starker Massenbeteiligung verlaufen sind.

Die einheitliche Maidemonstration in Chemnitz

II. Chemnitz, 1. Mai. Die Feier des 1. Mai, der in Sachsen gescheitert ist, ist in Chemnitz bis zur Mittagpause ruhig verlaufen. Da die Sozialisten und Kommunisten in diesem Jahre zum ersten Male gemeinsam den 1. Maifeiern teilnahmen, war die Beteiligung sehr groß. Besonders bemerkenswert

trat der Rote Frontkämpferbund auf, dessen Plakate sich gegen das er-gangene Verbot richteten.

Der 1. Mai in Schlesien

Der 1. Mai wurde in der Provinz fast überall durch Arbeitsruhe gefeiert. In einer Reihe von Orten fanden gemeinsame Demonstrationen der Gewerkschaften, der SPD. und der KPD statt. Wo die Einheit durch die sozialdemokratischen Führer geschlagen war, marschierten unsere Genossen gefordert auf, und überall schlossen sich ihnen große Teile der übrigen Arbeiterschaft an. Ueber den Verlauf der Maidemonstration liegen bisher folgende Berichte vor:

In Bielefeld beteiligten sich an der von der SPD. und dem KPD. veranstalteten Maidemonstration 500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Genosse Domrowitz-Breslau hielt unter starkem Beifall der Demonstranten die Ansprache. Auch die Nachmittags- und Abendveranstaltungen der SPD. und des KPD. waren sehr gut besucht.

Bei der gemeinsamen Maidemonstration in Landeshut wurde eine Resolution, die gegen das Verbot des KPD. auf Schiffe protestiert, einstimmig angenommen. Der als Redner vorgegebene sozialdemokratische Gewerkschaftsangehörige Barz leitete darauf ab zu reden. Seine Einstellung:

In Hirschberg marschierten Hunderte von Arbeitern unter roten Fahnen und großen, reichhaltigen Transparenten der Demon-

Oberschlesien

Feierabend
Unterstütze den Kampf der
K.P.D.
Zeichne für den Wahlfonds

Unsere Arbeit auf dem Lande

Am Sonntag, dem 22. April, veranstalteten wir in Sławka, Kreis Ratibor, um 14.30 Uhr eine Ländlervorversammlung. Anwesend waren 70 Arbeiter und Landarbeiterinnen. Als Erfolg können wir buchen, daß diese Arbeiter den DVB aufgeben werden. Für den Wahlfonds der SPD kamen 220 Mark zusammen.

Der Genosse Schiffschl aus Sławka hat die Patenschaft über das Gut.

Am 16. Mai war am selben Ort eine Zentrumsvorversammlung. Anwesend waren 300 Personen und drei Pfaffen waren anwesend. Genosse Lunkel sprach dort mit vollem Erfolg in der Diskussion, und die Pfaffen mußten mit betrübten Gesichtern abziehen.

In Mistky, Kreis Cosel, hielt Genosse Lunkel eine Kleinbauerversammlung ab. Besucht war sie etwas schlechter; 60 Kleinbauern und Frauen waren anwesend. Die Wochenendausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ wurde viel verkauft.

In Bohrau, Kreis Cosel, hielt die SPD eine öffentliche Wahlversammlung ab. 100 Personen waren erschienen. Genosse Lunkel sprach in der Diskussion mit Erfolg.

Gleiwitz

Arbeiterportier, heraus aus Land!

Die Freie Sportvereinigung Gleiwitz-Petersdorf hat in ihrer letzten Monatsversammlung beschlossen, am 13. Mai einen Ausflug nach Nauden durchzuführen. Um die Zeit nicht unnötig zu vergeuden, verpflichteten sich alle Sportgenossen, an denselben Tage das Landproletariat durch Flugblätter und Literaturliteratur der kommunistischen Partei aufzuklären.

Kindenburg

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie veranstaltet am 3. Mai einen Kurkurs in „Erste Hilfe“ bei plötzlichen Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. Anschließend je ein Kurkurs in Sportmassage, Desinfektion und Hauskrankenpflege. Männer und Frauen, die Interesse, Lust und Liebe haben, an den Kursen teilzunehmen, können sich schriftlich bei Herrn Jos. Wessely, Kindenburg, Pfarrstraße 11, und bei Herrn Josef Schmierczol, Kindenburg, Adolfsstraße 30, oder auch persönlich am nächsten Donnerstag, dem 3. Mai, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, melden. — Gleichzeitig findet auch im Stadtteil Wislupitz ein Kurkurs über „Erste Hilfe“ statt. Interessenten können sich am Sonntag von 10–12 Uhr in der Schule I oder bei Herrn Peter Machon, Annasägen, Doffstraße, melden.

Gogolin

Protest gegen das KZV-Verbot. In der von der SPD am Sonntag einberufenen öffentlichen Versammlung nahmen auch die Gogoliner Arbeiter zum KZV-Verbot Stellung. Gen. Schulz-Oppeln sprach über die imperialistischen Kriegsstreifer, die Lage der Arbeiterschaft, Wahlwahlen, 1. Mai und zu dem bevorstehenden Verbot des KZV. Die Versammelten waren sich darüber einig, daß ihr Weg der der SPD ist und der Keudell-Strech gegenüber der Arbeiterschaft überall mit der Stimme des werktätigen Volkes beantwortet werden muß. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Neustadt. Zustände im Konsum. Wir erhalten folgende Berichtigung: In dem in Nr. 96 der „M.Z.“ erschienenen Artikel über die Zustände im Konsum-Verein sind infolge falscher Information Unrichtigkeiten unterlaufen. Die Worte, die laut Artikel das Aufsichtsratsmitglied Polzer gebraucht haben soll, gingen in Wirklichkeit von dem Fabrikarbeiter Schikora sowie dem Werkmeister Schindler aus. Anschließend waren diese „Auch-Arbeiter“ etwas angeheitert, denn einem Arbeiter, der um Lohnerbhöhung bittet, Schläge anzubieten, traut man einem nüchternen Menschen wohl nicht zu. — Auch bei der Kaufgelage ist im Artikel sehr übertrieben worden. Denn wenn 10 Mann den ganzen Tag unentgeltlich arbeiten und dabei Getränke im Werte von 10 Mark verzehrt werden, so kann man dies wohl nicht als Kaufgelage bezeichnen.

Landpropaganda des Roten Frontkämpferbundes. Den ersten Wahlpropaganda-Ausmarsch machten die hiesigen Roten Frontkämpfer am vorigen Sonntag. Die Kameraden setzten für 9 Mark „Arbeiterzeitungen“ und „Rot-Front“-Zeitungen um. Die Kameraden haben mit der Landbevölkerung rege diskutiert. Es war ein Erfolg für die Organisation. Die Kameraden wurden auf dem Lande von vielen verständigen Einwohnern freudig begrüßt. Nächster Sonntag geht es mit doppeltem Eifer an die Arbeit, und so werden wir aus schwarzen rote Bauern machen.

Markowitz

Mitglieder der Schützenbundkapelle beim Stehlen von Musikinstrumenten

Was für Leuchten in den nationalistischen Vereinen sich zusammenscharen, das zeigt uns wieder ein Fall, in dem sich diese Burche an fremdem Eigentum vergreifen haben. Auswärtige Musiker gaben in einem hiesigen Lokal ein Konzert. Da diese wieder für den nächsten Sonntag zu einem solchen Zweck befristet waren, ließen sie die nicht leicht zu transportierenden Musikinstrumente in dem Lokal zurück. Das hat einigen Mitgliedern der Schützenbundkapelle G. V. S. Ansporn gegeben, sich diese Instrumente anzueignen. Lange Zeit hat es gedauert, bis diese Sache ans Tageslicht kam. Der Vorsitz wurde zum Schadenjah herangezogen und obenrein noch als Dieb verurteilt. Gelegentlich eines Konzertes der Schützenbundkapelle, an welchem ein Freund der besagten Musiker teilnahm,

entdeckte dieser die gestohlenen Musikinstrumente und benachrichtigte seine Freunde, die so wieder in den Besitz ihrer gestohlenen Instrumente kamen. Jetzt brennt den Burche den Boden, und sie reinen sich die Weine aus, um zu verkünden, daß die Deffentlichkeit von diesem Fall Kenntnis erhält.

Oppeln

Bei Schnaps und Karten werden Ausschlußverfahren fabriziert

Gegen den Genossen Schulz, Funktionär des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, reichte der erste Vorsitzende des Verbandes ein Ausschlußverfahren ein. Genosse Schulz ist in der letzten Versammlung gegen den Vorsitzenden Moßko und den Betriebsrat der Gartenverwaltung, Müde, vorgegangen, da die Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Verwaltung um den Tariflohn betrogen werden und die Organisation nichts getan hat. Nach dieser Versammlung fand bei Staat und Schnaps eine Genossenschaftsversammlung unter Vorsitz von Moßko mit einigen Verbandsmitgliedern, Scheinbar seiner Sorte, statt, wo der Ausschluß gegen Genossen Schulz vorbereitet wurde. Wir sind gespannt auf den Ausgang. Es wird an den Verhandlungsleuten liegen, wie aus der Organisation zu befehlen ist, ob Funktionäre, die erwiesen für den Verband gearbeitet und ihn vorwärts gebracht haben, oder solche Mitglieder, die den Verband geschädigt haben. Die Genossenschaft kann sich zu ihrem Helfer Moßko wirklich gratulieren.

Verschwendung freut den Bauat

Vor einigen Tagen berichteten wir einige Tatsachen über die städtische Arbeit in Czarnowanz. Herr Bistrzy, der die sparsame Arbeit dort vermurkte und folglich auch becheuerte, war nicht sehr erfreut darüber. Allerdings ist es ihm nicht schlimm ergangen, er rechnet sich ja nicht zu Arbeitern, denn der Herr Bauat hat nach seiner Aussage über diese Sache gelacht. Nun ist dort noch ein Schacht für Abfluhröhre zum Teil falsch geschichtet worden. Verantwortlich dafür ist Herr Bistrzy, der die besondere Freundschaft des Bauats zu genießen scheint. Hätte ein Arbeiter etwas falsch gemacht, so wäre ihm sicher vom Hungerlohne noch ein Abzug gemacht worden und er wäre geflohen. Hier freut sich der Herr Bauat. Bei den Etatberatungen wird geknausert und bei den sozialen Posten Unrichtige gemacht, und hier wird Geld aus Steuern, aus Ersparnissen beim Wohlfahrtsamt vergeudet. Reine Wirtschaft!

Gehirnlolik in der „Vollsbote“-Redaktion!

Der Kleine Bruder macht's dem Großen nach. So wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ lügt, so lügt der sozialdemokratische „Vollsbote“ in Oppeln. Hätte man nur Gelegenheit, öfters dieses Wurstblättchen zu Gesicht zu bekommen, würde man sicher vor Schwindel erkranken. Vor einigen Wochen die schmutzige Lügenmeldung über den KZV-Ausmarsch nach Königshulb, über die sogar die eigenen Leser staunten. Zuletzt der Bericht über die Gemeinde- und Staatsarbeiter-Versammlung in Oppeln. Den Genossen Schulz will man da herunterziehen, indem sicher ein verroffenes Subjekt Herrn Richter berichtete, daß er (Sch.) sich selbst als Delegierter zur Gautagung vorschlug bzw. als Ersatzmann nur mit 9 Stimmen gewählt wurde und die andern, anwesend waren 22 Mann, dagegen waren. Hätte der Herr Sozialdemokrat Richter Rechnen gelernt und wäre er nur etwas mit seiner so verehrten Demokratie vertraut, so mühte er den Schwindel merken.

Auch die Unfallwache gehört zum Straßenbild.

Unter dieser Parole, so schreibt uns der Arbeiter-Samariterbund, stand die am 25. April seitens der Regierung einberufene Konferenz, wozu alle Organisationen, die mit dem Rettungswesen bei Unglücksfällen in irgendwelcher Verbindung stehen, eingeladen waren. Circa 18 Organisationen, wie Krankenkassen, Berufsvereinigungen usw., darunter auch die Bezirksleitung der Arbeiter-Samariterkolonne, vertreten durch die Genossen Siebeneicher, Gleiwitz und Libor-Oppeln, waren erschienen.

Soweit bisher festzustellen war, befinden sich in Oberschlesien bis jetzt 19 Krankenautos, 24 Krankenwagen und 58 fahrbare Krankenwagen. Die Ausführungen des Dr. Frank gipfelten darin, daß nicht nur der Verkehrsschulmann zum Straßenbild gehört, sondern auch der Hinweis auf den nächsten Rettungsmann oder Unfallwache benutzt werden. Alle Autos, besonders Lastautos, sollen besonders an Orten, wo keine Rettungswachen vorhanden sind, angehalten werden, ihre Wagen für Rettungszwecke zur Verfügung zu stellen und dementsprechend einzurichten. Die Krankenhäuser sollen angehalten werden, da wo keine entsprechenden Transportgeräte vorhanden sind (Krankenautos), diese zu beschaffen. Ueberhaupt solle die Deffentlichkeit wie auch die Wohlfahrtsämter mehr als bisher dafür interessiert werden. Auf Wandorten sollen die Postverbindungen nach den nächsten Rettungsstellen der Bevölkerung geläufig sein. Jedermann muß auch bei Unglücksfällen in der Lage sein, die schnellste Verbindung nach dem nächsten Arzt zu erreichen und zu wissen. Die Post soll angegangen werden, einen entsprechenden Sonntagsdienst besonders für die ländlichen Orte einzurichten. Die Schulen auf dem Lande sollen möglichst mit Verbandsbüchern eingerichtet werden, um diese für ihren Ort bei Unglücksfällen zur Verfügung zu stellen, usw. usw. Die darauf folgende Diskussion ergab die Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen. Auch die Arbeiter-Samariterkolonne erklärte ihre Mitarbeit, selbstverständlich unter Wahrung aller Selbstständigkeit.

Eine Versammlung der Lügen-Nazis!

Mit Lügen- und Verleumdungsplakaten, gezeichnet von dem bei der Reichsbahndirektion beschäftigten nationalsozialistischen Fremdeingewandten Wieschalla, eingeladen, fand am Sonnabend im Pfostgarten eine Versammlung der Nazis statt. Mit ungefähr 25–30 Rauf- und Lügennazis aus Ratibor, Ratapane, Neuborf und anderen Orten sowie einer ganzen Abtheilung Schupo fanden die Arbeiter den Saal besetzt. Ein Nazi, Kreyßer aus Ratibor, der die höchste Bezeichnung „Häuptling“ für sich und die Seiner in Anspruch nahm, war Referent. Er kam nicht dazu, vor den Arbeitern seine Lügen zu verkünden. Genosse Girndt, der über verleumdet wurde, verlangte eine Erklärung zu dem Lügenplakat, wenn die Arbeiter sich den Quatsch anhören sollen. Der Vorstand bedachte weder den Schwindel, noch nahm er ihn zurück. Die Versammlung wurde von der Schupo geschlossen, das Eintrittsgeld mußte zurückgegeben werden. Vor dem Saal hielt darauf Genosse Girndt eine Versammlung ab, die

er erklärte, warum man diese Lügner nicht ihren Unsinns verzapfen ließ und ging auch auf den Richter des der Stadt gehörenden Pfostgartens ein, der wohl den Faschisten den von Steuergebern gekauften Saal gibt, aber nicht den linksgerichteten Arbeitern. Besärg wurde die Rede aufgenommen. In der Diskussion versuchte der Nazi nochmals sein Gluck; er wurde von einem Jugendgenossen glänzend abgeführt. Den Nationalsozialisten dürfte nach dem „wärmsten Empfang“, den ihnen die Oppelner Arbeiter bereitet haben, die Luft zum Weiterkommen vergangen sein. Anschließend wurde in Gruppenform eine formale, und eine anschließende Demonstration zog mit Gesang: revolutionärer Lieber durch die Stadt.

Das Stadttheater schließt, am 30. Mai, findet mit „Das Dorf ohne Glocke“ der Schlußakt für die Saison 1927/28 des Stadttheaters statt. Das Theater hat in den Monaten der Spielzeit versucht, der Oppelner Bevölkerung einige angenehme Theaterstücke zu bieten. Leider waren aber die Preise immer noch so hoch, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in den Genuß kam. Am Torfschluß soll man sich dieses für die nächste Saison mit auf den Weg nehmen. Es wird nicht nur das Publikum, sondern auch Künstler und Geschäfte werden davon profitieren.

Alle Ortsgruppen

melden sofort
der D.L. die verlangten Versammlungen für K.A.-Referenten.

Alle Ortsgruppenleiter geben sofort Bestellungen für die vierte Wahlnummer der „Arbeiter-Zeitung“ beim Verlag auf. Diese Nummer muß eine Kretztag erreicht sein.

Aus aller Welt

50 Arbeiter an Vergiftung erkrankt

Wie wir in unserer Montagausgabe kurz „vom Tage“ meldeten, erkrankten an Vergiftungserscheinungen 50 Arbeiter in den Rheinischen Eisenwerken Gebrüder Faber in Düren (Westfalen). Bei der Kaffeepause um 9 Uhr morgens brachen zahlreiche Arbeiter der Fabrik nach dem Genuß von Kaffee unter außerordentlich schweren Vergiftungserscheinungen zusammen. Etwa 20 Mann der Belegschaft mußten sofort ins Dürener Krankenhaus geschafft werden, wo die ärztliche Untersuchung ergab, daß der von ihnen genossene Kaffee Arsenik enthielt.

Am Angliksmorgen war, wie üblich, um 9 Uhr die Kaffeepause der Fröhlichkeit eingetreten. Die Arbeiter benutzten das heiße Wasser eines großen Kessels, um sich ihren Kaffee aufzubrühen. Dem Kesselwasser muß von irgendeiner Seite starkes Gift zugefügt worden sein, denn plötzlich brachen zum Entsetzen aller Anwesenden etwa 50 Arbeiter nach dem Kaffeetrinken unter unfaßlichen Schmerzen zusammen. Es entstand eine schreckliche Panik. Die Vergifteten schrien vor Schmerzen und wandten sich in Zuckungen am Boden. Die sofort alarmierten Krankenwagen transportierten die Vergifteten in das städtische Krankenhaus. Die heimliche Untersuchung des Kaffeewassers ergab zweifelsfrei, daß es mit einer ziemlich starken Dosis Arsenik verunreinigt war. Von den 50 ins Krankenhaus eingelieferten Arbeitern liegen 20 noch schwer dankebar. Ein Teil der Erkrankten konnte bereits nach Hause entlassen werden.

Die Fabrikleitung steht in bezug auf den mutmaßlichen Täter und das Motiv dieser Massenvergiftung vor einem völligen Rätsel. Durch die polizeiliche Untersuchung, die von der Landes kriminalpolizei in Klagen vorgenommen wurde, soll einwandfrei festgestellt werden sein, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Nachforschungen der Polizei nach den Tätern waren bisher erfolglos.

Mord auf der Abus

Im Berlin, 30. April. Im Verwaltungsgebäude der Abus-Bahn ist ein furchtbares Verbrechen verübt worden. Der Kassierer William Sellentin ist von unbekanntem Mörder überfallen, beraubt und durch Pistolenschüsse getötet worden. Obwohl der Anglückliche selbst noch sterbend das Oberfallkommando alarmiert hatte, gelang es nicht mehr, die Täter zu ergreifen. Eine Belohnung von 2000 Goldmark ist auf die Festnahme der Mörder ausgesetzt worden.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Feuerwehr

Sonnabend abend stieß ein Auto der städtischen Feuerwehr in Wien, das zu einem Brande gerufen war, an einer Straßenkreuzung mit einem Straßenbahnzuge zusammen. Hierbei erlitt der Kommandant der Feuerwehrwache lebensgefährliche Verletzungen, denen er bald darauf erlag. Erheblich verletzt wurden ferner der Fahrer des Autos und drei Feuerwehrleute. Von den Fahrgästen der Straßenbahn erlitten drei Frauen leichte Verletzungen.

Neue amerikanische Ozeanflug-Vorbereitungen

Nach Berichten aus New York sind in Detroit die Vorbereitungen für den Start eines dreimotorigen Ganzmetall-Ozeanflugzeuges von St. Johns auf Neufundland nach London im Laufe des Sommers abgeschlossen. Lediglich die Zustimmung Henry Hords steht noch aus. Der Flug soll der erste sein, bei dem die während der Flüge nach der Artikals gewonneten meteorologischen Erfahrungen anzuwenden werden.

Drei Todesopfer des Sturmweters in New York

Der starke Sturm, der verbunden mit schweren Regengüssen, während der Freitagnacht und des ganzen Sonnabends an der ganzen atlantischen Küste der Vereinigten Staaten herrschte, hat verschiedene Menschenleben gefordert. So ertranken auf dem Subsona drei Leute, die mit der Bewachung eines dort verankerten Flugdampfers betraut waren. In der vorangegangenen Nacht wurde im New Yorker Hafen von einer Fähr-, die nach Staten Island unterwegs war, verschiedene Passagiere über Bord gespült, wobei, soweit sich übersehen läßt, mindestens eine Person ertrankte. In während es nur mit größter Mühe gelang, die anderen zu retten. Man rechnet damit, daß auch an anderen Stellen Todesfälle vorgekommen sind. Vom Süden werden heftige Schneefälle berichtet, durch die familiäre Verkehrsmittel lahm gelegt worden sind.

**Nehmt
in den Betrieben u. Belegschafts-
versammlungen Stellung
gegen das KZV-Verbot**

Die werktätige Frau

Warum wählen die Arbeiterfrauen Kommunisten?

Kommunistinnen sind keine Frauenrechtlerinnen nach dem Sinn etwa der englischen Suffragetten. Wenn die Kommunistinnen sich am politischen Leben beteiligen, dann aus der Erkenntnis heraus, daß die Frau an die Seite des Mannes gehört im Kampf um die Existenz, im Ringen um Menschenrechte.

Ich spreche von der Pflicht der Frau, als Arbeiterin an der Seite des Mannes, des Proletariats zu stehen — nicht wie es die Kirche lehrt, sondern im direkten Gegensatz hierzu: Die herrschende Klasse, die wohl die Frau zur Sklavin des Mannes machen will, will durch die bevorrechtigte Stellung des Mannes den Keil treiben zwischen Mann und Weib, womöglich bis tief in die Familie hinein: So soll die Frau zum Klassenwerkzeug gegen den Mann, vielleicht gar gegen den Ehegatten gebraucht werden — das ist der Sinn der „Heiligkeit der Ehe“ mit dem kirchlichen: „Er soll dein Herr sein!“

Wenn ich mich an die Arbeiterfrauen wende, die noch nicht zur kommunistischen Partei gehören, so deshalb, weil ich selbst erst kurze Zeit in den Reihen der Klassenbewußten Kämpfer für die Arbeiterinteressen stehe. Durch Haß und Beschimpfung von den eigenen Familienmitgliedern habe ich, durch die Maßregelung meines Mannes, durch Elend in Folge Erwerbslosigkeit und Krankheit, die Wahrheit und Berechtigung der kommunistischen Bestrebungen in ihrer ganzen Tiefe erfaßt.

„Die Frau gehört an den Kochtopf!“ Eine beliebte bürgerliche Redensart, die ich im elterlichen Hause oft zu hören bekam.

Aber auch der Kochtopf kann eine Lehre geben.

Das Kapital ist interessiert an der Wiederherstellung der Arbeiterkraft. In seinem Interesse liegt folgendermaßen auch die Last, der Haushaltung, die Erziehung und Betreuung der Kinder auf die Arbeiterfrau abzuwälzen. Schon hier muß der Kampf der Frauen einsetzen, wie jedes Lohnbläschen mahnt: Die Forderung nach durchgreifender Erhöhung der Löhne für die Arbeiter, die tatsächlich nach besten Kräften auch von den nichtberufstätigen Frauen unterstützt werden muß. Denn längst schon merken die Arbeiterfrauen an den immer höher werdenden Preisen,

and dem immer weniger reichenden Lohn, daß wir uns wieder in einer Art Inflation befinden, sozusagen in einer Wareninflation. Es können nur eben die Bedürfnisse des täglichen Lebens (und diese nicht immer) befriedigt werden. Neuananschaffung von Kleidung usw. kann nicht oder doch nur im verteuerten Zahlungsbandel erfolgen. Wie es bei den Erwerbslosen aussieht, mag ich nicht schildern, um nicht rein persönliche Verhältnisse anzuführen. Von Sattelfen kann an einer Reihe von Wochentagen kaum die Rede sein. — Ich, das heißt mein Haushalt, habe noch ein Dach über dem Kopf. Doch sehe ich im höchsten Ort, wie

groß die Wohnungsnot gerade für die Arbeiterklasse ist. Obwohl eine Bergmannsiedlung besteht, und obwohl die Kommune verhältnismäßig viele Neubauten hat errichten lassen, gibt es hier mehrere kinderreiche Familien, die in Löchern hausen, welchen das Bonum die Errichtung eines Abortes verweigert, weil die paar Hände bankrott sind, nicht als menschliche Wohnung anzusprechen“ sind. Es gibt hier aber auch Acht-, Zehn- und Elf-Zimmerwohnungen, in denen zum Teil sogar nur zwei Personen sich breit machen. Es beruht sich: da wohnen Leute mit viel Geldschemen mit zwei und drei Kindern darauf! Die Wohnungsfrage allein erhebt schon die Frage des

Ausbaues der Wohlfahrtsfürsorge und Sozialpolitik. Lungentuberkulose und Schwindsucht sind Krankheitserscheinungen, die

in den Ställen, welche oft als „Wohnung“ dienen müssen, ihren besten Nährboden haben.

Daneben haben auch die hilflosen Alten, die Opfer des Krieges und der Arbeit und die Rentenbezieher Menschenrechte, die ihnen von der herrschenden Klasse in jeder Beziehung beschritten werden. Ist das etwa Sozialpolitik, wenn alle naselang die Renten gekürzt werden? Für die Gelbente ist bestens gesorgt. Sie leben ja auch in ihrer „von Gott gewollten“ Ordnung.

Die Herabsetzung der Steuern, sowohl der direkten wie der indirekten, muß viel mehr, als das bisher in Erscheinung trat, auch eine Forderung der Arbeiterfrauen werden. Bekommt der Mann mal für eine Wachslicht oder für Alltagsarbeit ein paar Mark mehr Lohn, ist — o segensreiche Erfindung des Steuerabzuges! — auch gleich die Steuer gestiegen. — Ich habe bis jetzt aber noch nicht gelesen, daß sich andere Parteien neben den Kommunisten für die Beseitigung der indirekten Steuern einsetzen, die sich auswirken bis auf die Nähnadel und die Schachtel Streichhölzer.

Arbeiterfrauen, glaubt ihr nicht auch, daß ihr und eure Familien bei einer

Berminderung der Wasser- und Lichtpreise profitieren würdet? Geht nur einmal in eure Ortsparlamente, da hört ihr, wie die bürgerlichen Parteien sich vor einer Verminderung scheuen! Ich kann mir ganz gut denken, daß sie dabei noch Beredsam spielen; im Reichs- und Landtag kommt die Bestehenden-Brutalität besser zum Vorschein.

Vor einigen Wochen starb eine Freundin von mir an den Folgen einer Geburt; sie war körperlich zu schwach zum Gebären. Warum besteht der

Abtreibungsparagraph

nenn nur für Arbeiterfrauen? Oder will uns irgendwer weismachen (vielleicht ein Kirchenanzelredner), daß es Naturgesetz sei, wenn Damen mit viel klingender Münze nur zwei oder drei Kinder haben, und die Arbeiterfrauen einen ganzen Stall voll? Wo nimmt sich der Staat der Bürgerlichen das Recht her, der Arbeiterfrau zu be-

Mütter in Not!

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat auf einem besonderen Textilarbeiterinnenkongress im Oktober 1926 Forderungen aufgestellt, darunter das Verbot der Beschäftigung in den letzten drei Monaten der Schwangerschaft, Beschränkung der Arbeitszeit im fünften und sechsten Monat auf täglich vier Stunden, Verbot der Beschäftigung acht Wochen nach der Niederkunft.

In der „Gewerkschaftszeitung“ wurde erklärt, daß der ADGB sich mit aller Schärfe für die Forderungen des Textilarbeiterverbandes einsetzen würde.

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte die Forderungen des Textilarbeiterverbandes im Reichstage als Abänderungsanträge zu dem Gesetz über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft ein.

Die gesamte sozialdemokratische Fraktion, d. h. auch alle Gewerkschaftsführer stimmten gegen die kommunistischen Anträge, damit auch gegen die Forderungen des Textilarbeiterverbandes und gegen verstärkten Mutterchutz.

Mütter! Denkt daran am Tage der Reichstagswahl!

schlen: „Du mußt gebären!“, und nachher denkt er: „Sieh zu, wo du dein Kind aufzieht!“

Massengestaltungen, was würdet ihr wohl sagen, wenn man eure Männer in die Gefängnisse steckte, weil sie auch für eure Interessen eintreten? Beantwortet euch zuerst diese Frage, ehe ihr weiter lest. Ich schicke sie voraus, weil ihr bei ehrlicher Ueberlegung tieferes Verständnis habt für die

proletarischen politischen Gefangenen, deren Strafaufhebung die Sozialdemokratie mit verhängert hat. In Rußland gelang die Gleichberechtigung der Frau nur deshalb, weil dort die

Arbeiterklasse herrscht. Die Rechtsparteien verherrlichen den italienischen Diktator Mussolini, aber die Befreiung der Frauen ist in der rückständigen Türkei sogar noch weiter als im Lande des Faschismus, in dem man keine eigene Meinung haben darf. — — —

Auch die Arbeiterfrau, die meint, daß sie an den Kochtopf gehört, muß über diese Punkte nachdenken. Es wird ihr, wenn sie unbeeinflusst die Tatsachen sprechen läßt, klar werden, daß eine Arbeiterfrau eben vom Standpunkt der Frau aus nur Kommunisten wählen darf.

Zentrumsfrauenversammlung in Döbeln

Am Dienstag fand im Saale des Gesellschaftshauses in Döbeln eine Zentrumsfrauenversammlung statt. Die Stadtverordnete Frau Buerck, unter den Arbeiterfrauen bekannt als Mauerblümchen der Stadtverordnetenversammlung und Dienstmädchenausbeuterin, eröffnete die Versammlung mit dem üblichen Schmus. Stadtverordneter Schubert wollte auch nicht veräumen, sein Licht leuchten zu lassen. Na, schließlich blamiert hat jeder so gut wie er kann. Nun begann die Studienrätin Ziga mit ihrer Wählrede. Sie schämte sich nicht, zu sagen, daß nur durch die Zentrumspartei der schädliche Paragraph 218 den Arbeiterfrauen „erhalten“ blieb. Sie konnte das in dieser Versammlung tun, denn die Zuhörer, die da saßen, haben trotz des Paragraphs 218 nur 1-2, höchstens 3 Kinder. Die haben das Geld und brauchen den Paragraph 218 nicht. Nachdem sie noch von „katholischen Belangen“ gefaselt hat (die allerdings den Hunger nicht stillen), war sie mit ihrer Erzählung zu Ende. In der Diskussion sprach die Genossin Chwal, die schon während der Versammlung einen Zwischenruf gemacht hat, der den Herrn Schubert so aus dem Häuschen gebracht hatte, daß er es für nötig fand, der Versammlungsleiterin zu soufflieren, sich das nicht gefallen zu lassen, was diese auch mit geheuchelter Empörung durchsah. Die Genossin Chwal ging dann auf die arbeiterfeindliche Politik des Zentrums ein; da doch diese Worte auch die anwesenden Dienstmädchenausbeuterinnen, machten sie ihrer Wut durch Lachen Luft. Herr Schubert schien nicht viel Vertrauen zu der Referentin zu haben und wollte selbst der Genossin Chwal antworten. Zu dem angeführten Beispiel, daß man vom Zentrum dem Herrn Piottel (Landeshauptmann) wöchentlich 1000 Mark bewilligt und den Chauffeewärtern jährlich die Erhöhung von 250 Mark auf 500 Mark ablehnte, antwortete er, das wäre richtig. Bei der vielen Arbeit, die der Landeshauptmann mache, wäre das fast noch zu wenig! Wenn Frau Chwal Zwischenrufe mache, so müsse er immer an den Spruch des Vögel von Verflüchtigen denken: (!) Er hat dazu die Platte des Grafen Waghör aus dem Provinziallandtag gebraucht, der da dachte, mit diesem Spruch die Kommunisten zum Schweigen zu bringen. Jugendgenossin Mai machte hierauf den Zwischenruf: „Herr Schubert, der Graf von Waghör hat auch an Sie die Worte gerichtet: Jeder Zirkus muß seinen Clown haben, und der sind Sie.“ Dann wollte er noch so tun, als ob das Zentrum in der Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Arbeiter vertrete. (Die Erwerbslosen wissen besser Bescheid.) Zum Schluß sprach nochmals die Frau Studienrätin und wollte den Bau des Panzerkreuzers rechtfertigen. Der Zwischenruf der Genossin Mai, der an die Waffensunde in der katholischen Kirche in München erinnerte, war dazu sehr treffend. Die Versammlung fand darauf ihr Ende, nachdem sich noch ein wenig die Damen empört hatten über die verdohtenen kommunistischen Frauen!

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 28. 4. bis Freitag, den 4. 5. außer Dienstag, den 1. 5. täglich 20 Uhr
Deutsche Uraufführung:
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel v. Ladislaus Fodor
Dienstag, den 1. 5., 20 Uhr
Geschlossene Vorstellung.

Sonnabend, d. 5. 5., 20 Uhr
Gastspiel Albert und Else Bassermann
Zum ersten Male
Der Diktator
von Jules Romains
Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 28. 4. bis Sonnabend, den 5. 5. außer Dienstag, den 1. 5. täglich 20 Uhr
Schwarz und Weiß
Dienstag, den 1. 5., 20 Uhr
Geschlossene Vorstellung

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 19
Adame Butterly
Dienstag, 20 Uhr
1. Mai
Abonnements-Vorstellung Serie F 18
Jesus
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 18
Die letzten Weiber von Sibirien
Donnerstag, 19.30 Uhr
Figaros Hochzeit
Freitag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 18
Leopoldin
Sonnabend, 20 Uhr
Zu vollständiger Reminiscierung
Hesperus
Sonntag, 20 Uhr
Der Troubadour

Schauspielhaus Breslau

Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr
Eine einzige Nacht



Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung von
Briefbogen und Rechnungen
Preislisten, Werken aller Art
Programmen, Einlasskarten
Flugblättern und Plakaten
bei allerniedrigster Preisberechnung
Spezialität: Massenauflagen

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-
Akt-Gesellschaft - Berlin
Filiale Breslau
Treibitzer Str. 50 - Tel. Ring 8837

Infuror
haben in unserer
Zeitung
bunten Erfolg

Das Schaufenster der
Wurstfabrik
Georg Weiß
Breslau, Matthiassstr. 177
zeigt ihnen
das beste und billigste
in dieser Woche

Blauleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belichtung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Nur
Qualitätsware
kaufen Sie
sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
Breslau, Schellingstr. 25

Deutsch-Lissa
Fisch-Spezial-Geschäft
Garantiert für frische Fischwaren aller Art
Flussfische, Seefische etc.
Hüte, Mützen, Oberhemden
Trikotagen, Schirme, Stöcke
Herrenartikel-Dazar
F. Karliner, Beuthen OS.
Schießhausstraße, Ecke Ring

Gewerkschaftshaus Lichtspiele

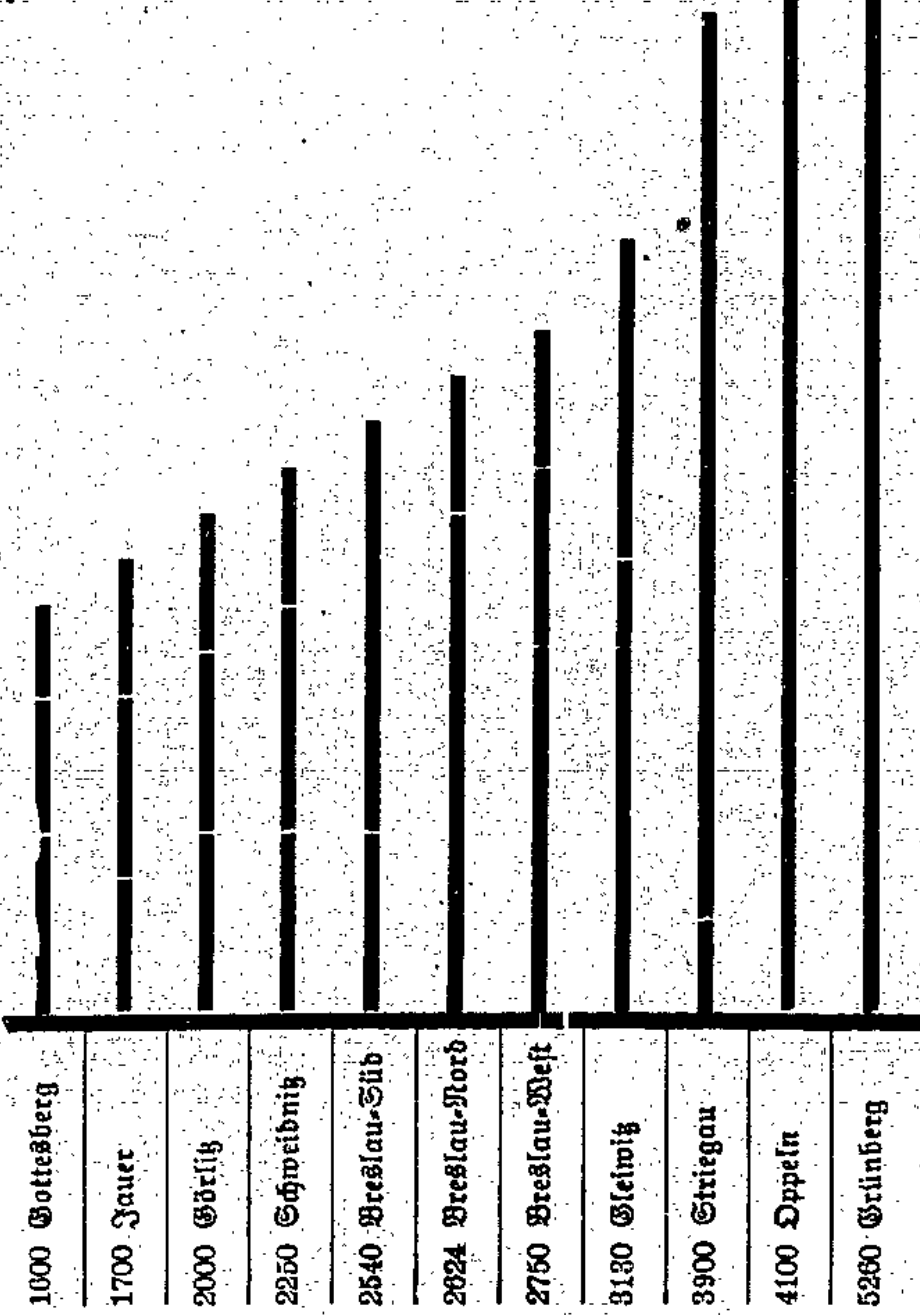
Wiederholungsvorführungen
am Donnerstag, Freitag und Sonnabend,
dem 3., 4. u. 5. Mai, wegen beispiel-
losem Erfolg; täglich 5 1/2 u. 8 1/2 Uhr:
Das Ende von St. Petersburg
und das Lustspiel
Einbruch bei Raffkes
Für Jugend verboten!
Mit Ausweis 50 Pfg. :: Ohne Ausweis 70 Pfg.
Bringen Sie bitte Ihren Organisationsausweis mit
und Sie können sich dem Besucherkreis
ohne Beiträge anschließen!
Sichern Sie sich im Vorverkauf, tägl. an der Filmkassa, einen Platz
Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau E. V.

**Zahl- und Auskunfts-Stelle für
Grabpflege-Gebühren**
sowie andere Friedhofs-Gebühren
der städtischen Friedhöfe Gräbschen, Oswitzer
Straße und Cosel
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß links, Zimmer 1 a
Dienstzeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmitt.
Auskunft in Grabdenkmals-Angelegenheiten
bei der Friedhofs-Direktion
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß rechts,
Eingang durch Zimmer 11 (8-1 Uhr)

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Wer hält die Spitze?

In der Hälfte der Zeit hat Grunberg mehr als die Hälfte der angestrebten 10 000 erreicht. Die größeren und großen Orte müssen ihre Anstrengungen verdoppeln. Am 6. Mai muß überall eine Rekordzahl erreicht werden.



Politische Geschäfte mit Zimmers Leiche

Zaschenspielertrüffe der „Volkswacht“

Wochenlang hat die „Volkswacht“ unsere Angriffe gegen ihre Genossen Zimmer, Ernst und Hering totgeschwiegen. Nun, nachdem ihr Minister Grzesinski das Signal gegeben hat zum Zünden des Fememordes und die Verteidigung im Stettiner Prozeß, dem Wirt des sozialdemokratischen Innenministers folgend, auf alle weiteren Zeugen verzichtet hat, glaubt das sozialdemokratische Blatt den Moment für gekommen, um über „Gemeinheiten der Arbeiter-Zeitung“ zu zernern. Mit der Unerschrockenheit beruhsmäßiger Taschenpieler unterschlägt sie in ihrer Sonnabendnummer die wichtigsten Aussagen Dr. Spieders zu dem Zweck, ihre angegriffenen Genossen, die am Fememord beteiligt waren, reinzuwaschen. Der Verfasser des Artikels, wahrscheinlich Herr Kraus, der während der Kämpfe in Oberschlesien noch in Thüringen Bücher über religiösen Sozialismus schrieb, und keine Ahnung von den damaligen Verhältnissen hatte, behauptet mit der blöden Artroganz, die jenem Typ von Journalisten eigen ist, daß weder Reichs- noch Staatsbehörden die Möglichkeit hatten, in Oberschlesien irgendwelche Einflüsse auszuüben, weil das oberschlesische Wahlkreisgebiet damals der Gewalt der Entente unterstand. Damit will der Artikelschreiber die sozialdemokratische Schande von 1919 bis 1922 vertuschen. Wir stellen fest, daß die sozialdemokratischen Führer in Schlesien und Oberschlesien 1919 zur Bildung der Freiwilligen Verbände aufgefordert und sie mit finanziert haben. Daß 1920 die Sozialdemokratische Partei in Oberschlesien Millionen sogenannter Mitgliedsgebühren erhielt, die sie zum Aufbau ihres Parteiorgans in Hindenburg und zur Verhegung der oberschlesischen Arbeiterschaft in nationalistischem Geist verwandte. Daß mit Wissen des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer und des früheren sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eugen Ernst von Breslau aus die Selbstschutzverbände organisiert und finanziert wurden.

Unbestritten und unüberlegt sind ferner die Behauptungen Hauenschein, daß die maßgebenden Regierungsstellen in Breslau, insbesondere aber des Oberpräsidenten Zimmer und Eugen Ernst, Kenntnis von den Spezialaufträgen zur Befestigung von angeblichen Verrätern hatten. Herr Spieder bekundete — das unterschlägt die „Volkswacht“ selbstverständlich ihren Lesern —

„Leider habe ich mich davon überzeugen müssen, daß in der Aussage Hauenschein weniger Phantasie ist, als ich dachte.“

Die „Volkswacht“-Leser erfahren auch nicht, daß der völkische Verteidiger dem Spieder seinen Dank abstattete:

„Ich danke Ihnen, Herr Ministerialdirektor, für diese Worte. Sie sind der einzige Mann, der seine Leute gedeckt hat. Alle anderen Stellen haben nicht gedeckt.“

Der Reinwaschungsversuch, den die „Volkswacht“ an ihren mit Fememord beschmutzten Genossen unternimmt, ist daher vergebliche Mühe, seinen Köhnen reinzuwaschen. Zu tief ist die sozialdemokratische Führung in den Schlamm des Nationalismus und des Fememordes getaucht.

Da das Sterben kein Verdienst ist und politisch unangenehme Tatsachen nicht aus der Welt schafft, bleibt auch der Hinweis des sozialdemokratischen Blattes auf den Tod ihres Genossen Zimmer nur der Appell heuchlerischer Spießbürger an sentimentale Jassittke und das schamlose Begnügen, politische Geschäfte mit einer Leiche zu machen. Die arbeitende Bevölkerung in Schlesien und Oberschlesien wird der korrupten SPD-Führung am 20. Mai die Antwort geben.

Der Fememordprozeß

Stettin, 1. Mai. Nach einer mehrtägiger Pause wurden heute die Verhandlungen im Rosenfelder Fememordprozeß wieder

aufgenommen. Zunächst wird der Zeuge Krüsel, im Jahre 1920 Mitglied der Freischar des Heimatschutzes Bzrlg, vernommen. Der Zeuge äußert sich sehr eingehend über die Organisation des Heimatschutzes und das Verhältnis zu den Reichswehrstellen. Er führt u. a. aus: „Es war damals die Zeit, in der Waffen von den Einwohnerwehren an die Reichswehr abgeliefert werden sollten. von Wobungen kam zu mir und sagte, die Reichswehr bekäme so viel Waffen von den Einwohnerwehren zurück, daß sie nicht wüßte, wohin damit. Es sei erwünscht, daß sie in unbedingt sicherem Lager im Kreise aufbewahrt werden. Er, von Wobungen, habe mit der Reichswehr enge Fühlung genommen, und ein Reichswehroffizier habe ihm gesagt, man solle die Waffen von jetzt ab unter den Schutz des Freikorps Kossach stellen. Dort wären sie am besten aufgehoben. Die Waffen seien auf jeden Fall geheim zu halten und Verräter sollten unschädlich gemacht werden.“ Der Zeuge äußert sich weiter über den Besuch eines Reichswehroffiziers, der wahrscheinlich aus Berlin gekommen und eingehend mit ihm die Möglichkeit der Abwehr eines polnischen Einfalls besprochen habe. Dabei sei sprachweise auch die Frage, ob die Reichswehr gegen Polen eingesetzt würde, von Seiten des Offiziers der Ausdruck gefallen: „Ach, wer das wüßte!“

In der Nachmittagsitzung versuchten die Sachverständigen den Wert der Aussagen des Vogt durch die „Feststellung“, er neige dazu, „alte Erinnerungsbilder mit neuen zu vermischen“, in Zweifel zu ziehen. Eine wissenschaftliche Feststellung, die nur Gelächter hervorrufen kann, da fast alle Zeugen alle Erinnerungen mit neuen zu vermischen pflegen.

Ein Auftraggeber des Einbrechers Michlowski geständig

Aus Königsberg wird gemeldet: In der Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes gab der sozialdemokratische Angestellte des Verbandes, Grunwald, eine Erklärung über seine Beziehungen zu dem Einbrecher und Polizeispitzel Michlowski ab. Er gab zu, mit Michlowski in Verbindung gestanden und von ihm das der kommunistischen Partei mit Hilfe von Einbrüchen gestohlene Material entgegengenommen zu haben. Er bekennt, daß dem Michlowski Geld gegeben worden sei.

Kleine politische Nachrichten

Die Reichsinduzier für April. — In Berlin, 30. April. Die Reichsinduzier für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats April mit 150,7 gegenüber dem Vormonat (150,6) nahezu unverändert geblieben.

Zwei Bergleute verschüttet. — In Hamm, 1. Mai. Auf der Zeche Rabbod wurden zwei Bergleute von hereinbrechendem Gestein verschüttet. Einer von ihnen wurde sofort getötet, der andere konnte schwerverletzt geborgen werden.

Im Schacht verschüttet. — In Essen, 1. Mai. Auf Schacht 6 der Zeche Rhein-Breithen wurde durch hereinbrechendes Gestein ein Arbeiter verschüttet und mehrere andere abgequetscht. Die letzteren konnten nach mehrstündiger Arbeit befreit werden. Der Verschüttete wurde als Leiche geborgen.

Amisniederlegung des Rattowitzer Stadtpräsidenten. — In Rattowitz, 30. April. Der Rattowitzer Stadtpräsident Dr. Gornik, der auf Betreiben polnischer Chauvinistischer Kreise zum Herbst des Jahres zwangsruhen wird, hat bereits jetzt die Geschäftsführung niedergelegt und die Leitung der Stadtverwaltung dem Zweiten Bürgermeister übergeben.

Blutige Zusammenstöße in Rumänien. — In Bukarest, 1. Mai. Im Dorfe Lancabesti im Distrikt Jisow, nahe bei Bukarest, kam es gelegentlich einer Bodenverteilung zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen. Als man eine falsch vorgenommene Bodenverteilung wieder gutmachen wollte, widersetzten sich die bisherigen Besitzer und griffen die Gendarmen an. Die Gendarmerie gab Feuer. Vier tote und vier schwerverwundet, wovon einer auf dem Wege zum Krankenhaus verschied, gab es. Die vorgefetzten Behörden begaben sich sofort an Ort und Stelle, um eine Untersuchung einzuleiten. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Heute nacht Start der „Italia“. — In Stolp, 1. Mai. Die Tatsache, daß sich das Expeditionsschiff „Italia“ bereits in der Nähe der Ringbaj befindet, hat General Robite veranlaßt, alle Vorbereitungen für den Abflug seines Luftschiffes „Italia“ zu treffen. Der Start wird voraussichtlich heute nacht zwischen 2 und 4 Uhr stattfinden.

Heraus mit Max Hoelz!

Die Preußenregierung verteidigt den Oberstaatsanwalt Luther

Der Amtliche Preussische Pressedienst verbreitet die folgende Mitteilung:

„Gegen den Oberstaatsanwalt Luther in Halle sind in der Öffentlichkeit seit längerer Zeit schwere persönliche Vorwürfe wegen seines Verhaltens in dem Strafverfahren gegen Hoelz erhoben worden, die namentlich dahin zielten, daß er das Gericht bewußt irreführt habe. Neuerdings sind diese Vorwürfe wiederholt worden, nachdem die Strafkammer in Halle durch Beschluß vom 23. April 1928 den Arbeiter Friehe außer Verfolgung gesetzt hat. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die im Dienstaufsichtswege angestellte Nachprüfung die völlige Haltlosigkeit (!) der Vorwürfe ergeben.“ (!)

Der Oberstaatsanwalt Luther wird demnach gedeckt. Es ist bekanntlich von der Verteidigung des Genossen Hoelz nachgewiesen worden, daß der seinerzeitige Staatsanwaltschaftsrat Luther einen

völlig falschen Lageplan vom Gehört des gelieteten Gutbesizers Heß im Jahre 1921 anfertigte, während der richtige Lageplan eine bedeutende Entlastung für Max Hoelz ergeben und seine Täterschaft ausschließen muß. Hat Luther den Lageplan nicht zur Bewußten Fälschung des Gerichts, dann zumindest aus Unfähigkeit falsch gemacht.

Das Dementi der Preußenregierung geht wieder einmal an den Dingen vorbei. Seine politische Wichtigkeit besteht darin, daß es die Unterfägung der Sabotage der Wiederaufnahme des Hoelz-Prozesses durch den preussischen Zentrumsjustizminister Dr. Schmidt zeigt. Die preussische Koalitionsregierung kämpft in der Front gegen Max Hoelz, für seine weitere Entlastung. Der Justizminister Schmidt billigt die Abbrechung des Verfahrens gegen Friehe durch die preussische Klassenjustiz, die sonst die Arbeiter auch mit minimalen Beweisen zu den höchsten Strafen verurteilt.

An alle Genossen!

Bist Du mit Wahlfondsmarken und einer Sammeliste ausgerüstet? Hast Du zuverlässige sympathisierende Kollegen aus Deinem Betriebe oder aus Deinem Wohngebiet gleichfalls mit Sammelmaterial der Partei versehen? Wenn nicht, muss das Versäumte sofort nachgeholt werden!

Bis jetzt sind über 1000 öffentliche Versammlungen angemeldet, die von den Bezirksleitungen in Breslau und Gleiwitz mit Referenten belegt werden müssen. Allein die Fahrgelder belaufen sich auf mehr als Mk. 10 000.

Flugblätter und sonstiges Material verursachen weitere tausende Mark Unkosten.

Die Bezirksleitung kann den Anforderungen nur entsprechen, wenn die gesamte Partei, aber in erster Linie die Betriebszelle, die Sammlung mit voller Kraft vorwärts treibt!

Genosse, auch Dein Wunsch ist es, die Partei zu stärken.

Wenn wir das lebhaftere Interesse der Arbeiter jetzt vor der Wahl auswerten wollen, um neue Kämpfer für die Revolution in unserer Partei zu erfassen, dann gehört dazu auch die finanzielle Grundlage.

Die kommunistische Partei braucht keine Unterstützung von Barnat oder ähnlichen Hyänen, sie braucht keine schmutzige Hilfsquelle wie die Sozialdemokratie (Vaterländischer Heimatdienst).

Die kommunistische Partei führt ihre Arbeit durch, gestützt auf den Opferwillen der gesamten Arbeiterklasse.

Stärkt den Wahlfonds der Partei, stärkt die Reihen der KPD.

Stärkt Euer Instrument zur Organisation der Revolution!

DIE BETRIEBE IM WAHLKAMPF

Am 20. Mai stimmt für Streikrecht

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gehen auf den Stimmenfang. Kaum haben sie die Bewegungen für Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in wichtigen Industrien abgewürgt und im Interesse des Wirtschaftsfriedens vor den Unternehmern und ihren Schlichtern kapituliert, so werden sie schon wieder um eure Stimme für die Reichstagswahlen.

Gewerkschaftslogen! Vergesst nicht! Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben die kapitalistische Rationalisierung unterstützt. Dadurch wurde die Forderung unerschrocken verschärft,

heißt im Interesse der Kapitalisten — denn diese beherrschen die Produktion — verhindert die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den geschlossenen Abwehrkampf der Arbeiter gegen die Unternehmerrationalisierung. Sie haben die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen bewußt gesplittert und lokalisiert und damit die Unternehmerrationalisierung begünstigt.

Nur die Kommunisten waren für das Kampfbündnis der Arbeiter zum Kampf gegen das gut organisierte Truſtkapital.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben das Schlichtungssystem mit eingeführt. Die sozialdemokratischen Schlichter sind die schlimmsten Unternehmerrationalisten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollten auch einreden, das Schlichtungssystem nütze den Arbeitern. Die Schlichterentscheidungen der letzten Zeit beweisen jedem Arbeiter, daß dieses System nur den Unternehmern nützt.

Wer bei den Wahlen sozialdemokratisch stimmt, der stimmt für die Schlichtungspolitik!

Nur die Kommunisten haben von jeher gegen das Schlichtungssystem gekämpft. Nur die Kommunisten haben den Arbeitern offen und ehrlich gesagt, daß das Schlichtungssystem ein Mittel zur Knechtung der Arbeiter ist. Nur die Kommunisten und die oppositionellen Arbeiter sind dafür, daß die Arbeiterforderungen auch durchgesetzt werden müssen, trotz verbindlich erklärter Schlichterentscheidungen.

Arbeiter! Gewerkschaftslogen! Beantworte! Den sozialdemokratischen Stimmenfang in den Gewerkschaften mit dem Protest in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen!

Gegen die wirtschaftsfriedliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik der sozialdemokratischen Führer!

Gegen die Zersplitterung und Lokalisierung der Arbeiterkämpfe durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!
Gegen das Schlichtungssystem, das nur den Unternehmerinteressen dient!

Gegen die Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik durch die freien Gewerkschaften!

Für den Kampfbund der Werktätigen! Gegen die Diktatur des Truſtkapitals!



Ein Schlag ins Kontor
ist für die Bourgeoisie ein Wahlsieg der K.P.D.
Verstärke den Sieg durch Sammlung für den
Wahlfonds, durch Werbung für Partei u. Presse.

Verteidigt das Streikrecht

Die Koalitionsregierung im Herbst des Jahres 1923, in der die Sozialdemokraten Sollmann, Radbruch und Schmidt saßen,

erließ die Schlichtungsordnung,

die den Arbeitern das Streikrecht raubte. Am 30. Oktober 1923 wurde auf Grund des ersten Ermächtigungsgesetzes die Schlichtungsordnung erlassen. Die Sozialdemokraten Sollmann, Radbruch und Schmidt schieden erst am 2. November 1923 aus der Regierung aus, und zwar nicht wegen der Schlichtungsordnung, sondern wegen der Empörung der Arbeiter über den Reichswehrmarsch in Sachsen.

Für das Ermächtigungsgesetz am 13. Oktober 1923, auf Grund dessen die Schlichtungsordnung auf dem Verordnungswege erlassen wurde, stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Kommunisten hatten gewarnt.

Vor Annahme des ersten Ermächtigungsgesetzes gab die kommunistische Reichstagsfraktion am 13. Oktober 1923 eine Erklärung ab, in der es in bezug auf die Schlichtungsordnung lautete:

„Das elementarste Recht der Arbeiter und Angestellten, das Streikrecht, das in Bayern schon zerstört ist, wird durch die Einführung der derzeitigen Schlichtungsordnung beseitigt und dadurch auch praktisch das Koalitionsrecht aufgehoben.“

Die Schlichtungsordnung lag schon bereit, als die SPD-Führer in voller Kenntnis der Folgen dem Ermächtigungsgesetz zustimmten.

Sozialdemokratische Minister haben die Schlichtungsordnung erlassen.

Heute will die SPD die Verantwortung ablegen, sie verspricht die „Verbesserung“ des Schlichtungswesens:

„Alles Lüge! Die SPD will nur Stimmen fangen.“

Die SPD erstrebt eine neue Koalitionsregierung,

die natürlich die Beseitigung der Zwangsschlichterentscheidungen nicht zulassen wird. Es gibt nur einen Weg, die Schlichtungsordnung hinwegzufegen und das Streikrecht wieder zu erobern. Das ist die Stärkung der roten Front der Arbeiterklasse und ihr geschlossener Kampf. Unter dem Druck einer geschlossenen kämpferischen Arbeiterklasse kann die Schlichtungsordnung zu Fall gebracht werden. Auf diesem Weg führt auch die K.P.D. Stimmt darum als Ausdruck eures Kampfwillens am 20. Mai für die kommunistische Partei!

Nur die K.P.D. kämpft für die Streikfreiheit!

Brotpreis steigt — Und die Löhne?

Schlechte Textilarbeiter im Kampf

Von einem Landeshüter Textilarbeiter erhalten wir folgende Zuschrift: Wie in der Landeshüter Tagespresse bekanntgegeben wird, tritt ab Montag eine

Erhöhung des Brotpreises

ein, welche neben den vielen anderen nicht-so offen in Erscheinung tretenden Steigerungen der anderen menschlichen Bedarfsartikel eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zur Folge hat. Wohl sind in den meisten Berufsgruppen Lohnbewegungen teils unbefriedigend abgeschlossen, teils noch im Stadium der Entwicklung. Auch die Textilarbeiter Schlesiens, welche neben den Berg- und Landarbeitern zu den schlechtest bezahlten Berufsgruppen gehören, haben den Tarif gekündigt und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 12 Pfg. beantragt. Daß diese Forderung nur als ein Ausgleich für die vorangegangene Steigerung der Preise zu betrachten ist, beweist ein Anspruch des Reformisten Dpiß, welcher die Durchsetzung der 12 Pfg. als Mindestforderung zur Abgeltung der eingetretenen Preiserhöhung als berechtigt anerkennt. Anders denken jedoch die Textilindustriellen schwarzweißrotgoldener Couleur. Wie immer denken sie nicht daran, irgend etwas von ihrem Profit der Arbeiterschaft zuzulassen. Bei den Verhandlungen in Breslau am 24. April kam dies so recht zum Ausdruck. Der alte Gaul, der auch schon in der Vorkriegszeit von den Unternehmern zur Begründung der Hungerlöhne der schlechten Textilarbeiter im Vergleich zum Westen geritten wurde, fand seine erneute Fortführung. Die schlechten Textilarbeiter waren minder leistungsfähig gegenüber der Leistungssteigerung der Textilarbeiter anderer Gebiete und andere an den Haaren herbeigezogene Begründungen ließen eine Erhöhung der Löhne nicht zu. Lächerlich und direkt verlogen, wie wir es von den Unternehmern den Arbeitern und den Steuerbehörden gegenüber von jeher gewohnt sind, werden hier Vergleiche angezogen, die bei gründlicher Nachprüfung der Bilanzen hinfällig sind. Der Lohnanteil an einem Meter Ware soll hier 17 Prozent höher sein als in anderen Gebieten Deutschlands. Was da alles in den Lohnanteil hineingerechnet sein wird (tiefe Direktorengehälter und sonstige Verschwendung) entzieht sich unserer Kenntnis. Aber eins steht fest: Die schlechten Textilindustriellen haben es in ihrer gewohnten Art in den letzten Jahren verstanden, die von den Reformisten über den

grünen Alee gelobte Rationalisierung der Produktion zur Steigerung ihres Profits auszunützen.

Lohnkürzungen

der im Alford Arbeitenden bis zu 50 Prozent erfolgten, welche alle sogenannten Erhöhungen illusorisch machten. Durch diese und andere nur im Interesse der Textilkapitalisten liegenden Maßnahmen sind Leistungen erreicht worden, welche die Unternehmer zur Begründung ihrer ablehnenden Stellung als Lügner entlarven. Wie Ludewirtschaft in den Betrieben geführt wird, zeigt ein Beispiel eines Betriebes mit circa 700 Arbeitern, wo die vier höchsten Angestellten respektive Mitinhaber des Betriebes neben der Dividende hohes Gehalt oder Zuwendungen beziehen, als die 700 Arbeiter und Angestellten zusammen. Die Textilarbeiter haben selbst in den günstigen Zeiten der Inflation, wo die Konkurrenz der tschechischen Unternehmungen nicht in Frage kam und die Arbeiterschaft hundertprozentig organisiert war, dieselben Löhne gebraucht. Daß damals wie heute die Reformisten sich mit völlig unzulänglichen Abschläufen und Schlichterentscheidungen zufriedengaben, ist zum Verhängnis für die schlechte Textilarbeitergewerkschaft geworden. Immer ungünstiger wurden die Ergebnisse der Tarifabschlüsse durch Verhandlungen und Schlichterentscheidungen, immer erbärmlicher die Lage der Textilarbeitergewerkschaft. Und es ist ein Skandal, wenn im Betrieb stehende Textilarbeiter die

öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen

müssen, um sich durchs Leben schlagen zu können, wie dies von Landeshüter berichtet wird. Die zugestandene Erhöhung von 3,4 Pfg. für Männer und 2,6 Pfg. für Frauen muß deshalb als eine Provokation der Textilarbeiter zurückgewiesen werden. Die Textilarbeiter müssen auf der ganzen Front dagegen Stellung nehmen; sie müssen, wo irgend es der Geschäftsgang des Unternehmens gestattet, zum Angriff übergehen, zur Arbeitsniederlegung schreiten. Schon haben einzelne Betriebe die Arbeit aufgekündigt; die anderen noch gut Beschäftigten müssen bald folgen. Jede Überarbeit über 48 Stunden muß verweigert, jede Durchbrechung der bisher geltenden Tarifbestimmungen muß abgelehnt werden. In Betriebs- und öffentlichen Versammlungen muß zu dem provokatorischen Vorgehen der Textilhyänen Stellung genommen, die Arbeiterschaft zum Kampfe aufgerufen werden. Die Leitung des Kampfes muß den gewählten Vertretern der Arbeiter aus den Betrieben unter Führung der Gewerkschaften übertragen und das Ergebnis der Verhandlungen den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Nur so kann das Vertrauen zur Kraft des Proletariats wiedergewonnen, ein voller Sieg erreicht werden.

die Profite erhöht und die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten gestärkt.

Nur die Kommunisten sind Gegner der kapitalistischen Rationalisierung.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben gegen außerordentliche Lohn- und Arbeitszeitbewegungen Stellung genommen, angeblich, um die Konjunktur nicht zu gefährden. Die Konjunktur, die kapitalistische Profitmacherei wurde geschützt, aber was wurde mit der Erhöhung eures Reallohnes? Im Interesse der „Wirtschaft“, das

Die Neufüßler Weber für Kampf

Ein Textilarbeiter aus Neufuß 08. schreibt uns: Die Textilarbeiter sind ein Teil der ausgebeuteten Arbeiterklasse, die die bitterste Not leiden. Wer kennt nicht das überall bekannte Gleich der Weber. Aber schließlich muß der Faden der Geduld reißen, und die Not der Textilarbeiter ist längst größer, wie sie ein Mensch ertragen kann. Die obersten Unternehmer sind als Schamane bekannt. Wohl nirgendwo werden solche Hungerlöhne gezahlt wie in Oberschlesien. Jahresanfang hat man es von Unternehmern verstanden, mit Hilfe des Klerus und des Fiskus die Arbeiter bis ans Blut auszubeden. Wenn irgendwo das Wort: „Das dumme Volk läßt sich leicht regieren“ zutrifft, dann ist dies bestimmt in Oberschlesien der Fall. Der Grundtag des Zentrums heißt: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Mit göttlichem Glauben erfüllt und zur Geduld erregt, wurden die Proleten unter der Maske der christlichen Nächstenliebe buchstäblich das Fell über die Ohren gezogen. Nur ist die Geduld doch geizig. Die Arbeiter im Textilbetrieb werden mobil und gehen aktiv zum Kampfe über. Die Unternehmer wollen den Neufüßlern eine Zulage von nur 7 Prozent geben.

Bei Gränzel in Neufuß sind nur 10 Weber beschäftigt, sollen also noch Weizung der Unternehmung nichts bekommen. Darum besteht eine Delegiertenversammlung am Donnerstag im Kalksteinwerk den Kampf. Ein wichtiger Punkt war der bekannt reformistische Kampf der Textilarbeiter.

streiten. Es wäre dies ein wilder Streik, den die Gewerkschaften nicht unterstützen würden. Nun haben die Arbeiter, bis auf einzelne Ausnahmen, das Arbeitsverhältnis gekündigt und gehen also am Ende dieser Woche geschlossen aus dem Betrieb.

Wie die Stimmung der Arbeiter ist, beweisen insbesondere die Ergebnisse der Kündigungen. In der neuen Weberei, in der etwa ein Drittel der Belegschaft von den 4000 Läden beschäftigt sind, haben nur 4 Arbeiter nicht gekündigt. In der alten Weberei hat nur 1 Arbeiter die Kündigung nicht eingereicht. Von den 24 beschäftigten Weibern hat ebenfalls nur 1 Mann nicht gekündigt.

Auch in den Schweißbetrieben der Textilindustrie, wie in Schönwalde bei Jiegenhals und überhaupt in ganz Schlesien, sind die Arbeiter dem Beispiel von Neufuß folgen.

Wer macht es aus?

Die Betriebszelle 3 im Ort A. hat beschlossen, pro Mitglied der Zelle 3 Mark für den Kampf zu sammeln. Auf den Mann der Belegschaft angewandt, würde das bedeuten, daß jeder Arbeiter des Betriebes 18 Mark zum Kampf für die Kommunisten beisteuern müßte. Betriebsleiter, Betriebsräte, teils aus Angst mit, was seine Zelle beschließen und

WAB-Zahlstelle in Gleiwitz gegen KSB-Verbot

Am letzten Sonntag fand die Monatsversammlung der Zahlstelle Gleiwitz statt. Sie war besser besucht als die vorhergehende. Auf der Tagesordnung stand der Schlichterspruch vom 18. März über den Manteltarif und das Arbeitszeitabkommen. Zu diesen Fragen sprach, da kein Referent erschienen war, Kamerad Wlozka. Es entspann sich eine rege Debatte. Als Kamerad K., der ebenfalls zur Diskussion sprach, mit seinen Ausführungen bald zu Ende war, erschienen die angeordneten Gewerkschaftsführer Gahki und Przymel. Przymel meldete sich sofort zu Wort und griff den Kameraden K. an, weil er sich erlaubte, an der Tätigkeit der Gewerkschaftsangeestellten Kritik zu üben. In seiner weiteren Rede stellte er die Belegschaft des Johannschachtes als dumme und gottessüchtig hin.

Zum Schluß wurde vom Kameraden Sch. folgende Resolution gegen das drohende Verbot des KSB zur Abstimmung gebracht, die mit allen gegen die Stimmen der Gewerkschaftsangeestellten angenommen wurde.

Die am 22. April 1928 im „Goldenen Stern“ versammelten Bergarbeiter der Zahlstelle Gleiwitz erheben schriftlichen Protest gegen das von dem deutlichen Minister u. Reubel verlangte Verbot des Roten Frontkämpferbundes und fordern sofortige Zurückziehung des Erlasses. Der Einspruch der Bergarbeiter und anderer Arbeiterregierungen beweisen, daß dem Erlass

Oeffentliche Jungarbeiter-Versammlung

Donnerstag 20 Uhr SubertiusstraÙe, Friedrich-Wilhelm-Strasse 32. Thema: „Die Wahlen und die arbeitende Jugend“ Referent Genosse Thomas Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen erscheinen zahlreich.

Sieben Selbstmorde

In den letzten Tagen ereigneten sich folgende Selbstmorde: Die 44 Jahre alte Frau Auguste B. wurde in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie hatte ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. — Der 64 Jahre alte Förster Heinrich M. verübte Selbstmord durch Erhängen. — Wegen Nahrungslosigkeit beging der Schuhmachermeister M. aus Hundsfeld Selbstmord durch Vergiften mit Gas. — Die Ehefrau Selma S. wurde in ihrer Wohnung schwerkrank aufgefunden. Sie hatte versucht, sich mit Gas zu vergiften. Sie wurde in das Wenzel-Haude-Krankenhaus eingeliefert. — In der unbekanntesten weißlichen Wasserleiche, die aus der Ober Elanber worden ist, wurde eine Frau Auguste Buchwald, Uferstraße 43 wohnhaft, festgestellt, die Selbstmord verübt hatte. — Ein 25jähriger Student wurde in seiner Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Todesschmerz soll ihn nicht bekümmert haben. — Ein 17jähriger kaufmännischer Berufsschüler zog auf der Freizeithalle plötzlich seine Jacke aus, schwang sich aus den Gelnägen und stürzte sich in das Wasser. Die Rettungsversuche waren vergeblich, da er rasch abgetrieben wurde. In der Jacke befand sich ein Schreiben folgenden Inhalts: „Ich bin in den Tod getrieben worden.“

Sieben Menschen, verschiedenen Alters, vom Jüngling bis zum Greis, nahmen sich das Leben. Kann das furchtbare Elend unserer Zeit besser charakterisiert werden, als durch diese Zahl? Für die Verküpferten aber heißt es, nicht verzweifeln, sondern kämpfen. Die Kommunisten wollen andere Zustände schaffen. Darum gehören ihnen auch am 20. Mai die Stimmen aller Unterdrückten und Bekümmerten.

Raubüberfall. In den Morgenstunden des Montags wurde in der Korso-Allee in Carlowitz ein Raubüberfall auf die Hausangestellte Käthe Schimpler aus Carlowitz verübt. Gegen 4 Uhr morgens verfuhr ein vorüberfahrender Radfahrer einen jugendlichen Schlag, so daß sie zu Boden stürzte. Der Täter zog dann der Ueberfallenen die Schuhe aus. In diesem Augenblick erschien eine Streife der Schutzpolizei, wozu der Angreifer die Flucht ergriff. Trotz Verfolgung ist er entkommen.

Kommunistische Wahlversammlung in Schwoitsch. Die von der Ortsgruppe Schwoitsch der Kommunistischen Partei für Freitag abend einberufene öffentliche Versammlung war gut besucht. Genosse Adelt-Breslau legte in einer einleitenden Rede aus, was Bürgerblock und Koalition für die Arbeiterklasse bedeuten. Sein Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Obwohl den anwesenden Sozialdemokraten freie Aussprache zugesichert war, machten sie von dieser keinen Gebrauch, sondern versuchten durch allerhand Mähchen Unruhe in die Versammlung zu bringen. Als ein parteiloser Arbeiter den Haupthelden dieser Leute, „Kasper“ nannte, war er sehr böse und forderte, um einer sachlichen Aussprache zu entgegen, seine Freunde auf, den Saal zu verlassen. Er hatte offenbar geglaubt, daß dadurch die Versammlung hochfliegen würde, und so machte er ein recht langes Gesicht, als er feststellen mußte, daß von über 60 Anwesenden ganze fünf Männlein seiner Aufforderung Folge leisteten. Das Ergebnis der Versammlung waren einige Neuaufnahmen für die Partei und mehrere Mark Wahlfonds spende.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender veranstaltete am Sonntag eine Kundgebung in Baudach's Festsaal. Das Mitglied des Zentralvorstandes, Herr W. aus Berlin, hielt das Referat. Er gab einen Überblick über die Entwicklung des ambulanten Gewerbes. Seine wirtschaftliche Bedeutung sei groß. So werden z. B. 70 Prozent des gesamten nach Berlin gelangenden Obstes durch den Straßenhandel vertrieben. Es wird nun immer wieder versucht, den ambulanten Handel zurückzudrängen, zuletzt im Reichstag durch Anträge der Deutschen Volkspartei. In der folgenden Diskussion wurde über die hohen Standpreise und über die städtische Gartenverwaltung und den SPD-Stadtrat E. h. n. gellagt. Die Anwesenden wurden auf den 20. Mai hingewiesen und aufgefordert, nur die Parteien zu wählen, die diesem bedrohten Gewerbe helfen. Unser Genosse Stadtvorordneter Ammon wies darauf hin, daß die Kommunistischen Fraktionen überall gegen die Verdrängung des Straßenhandels aufgetreten seien. Mehrere Anträge der Kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion zugunsten des ambulanten Gewerbes wurden von keiner Partei unterstützt und dadurch abgelehnt. Er versprach, daß auch in Zukunft seine Fraktion stets für die ambulanten Gewerbetreibenden eintreten werde. Am Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung einstimmig angenommen.

Theater und Kino

Das Theater. Schinderhannes im Film ist noch wirklicher als auf der Bühne. Die Bedrückung der Bevölkerung durch Solbateska preußischer und französischer Färbung, die öffentliche Auspeitschung von Johannes Büchler — alles das tritt lebendig vor unser Auge. Wir begreifen, warum Büchler mit seinem glühenden Temperament „Schinderhannes“ und Haupt einer Räuberbande wird. Und noch deutlicher als im Lobehauser erkennen wir: Schinderhannes, der ein prachtvoller Rebell, doch kein bewogter Rebell war, mußte scheitern, weil der Bayreuther nicht die Stoßkraft einer Klasse, sondern nur den tollkühnen Mut eines Häufleins bis in den Tod Getreuer entgegenzusetzen konnte. Abgesehen von einigen Sentimentalitäten ein guter Film.

Weltbühne. „Schwere Jungen, leichte Mädchen.“ Ein lustiger Filmtitel, der die „Abenteuer“ eines jungen Millionärsohnes schildert, der als moderner Dandy ins Proletariat herabsteigt, um arbeiten zu lernen. So oberflächlich und unnützlich der Inhalt des Films ist, so glänzend sind die aus dem Alibi-Bild aufgenommene Bilder. Der Film ist eine getreue Photographie des Liebeslebens der Berliner Arbeiter; ihr Humor und ihre Entmütigkeit können darin gut zur Geltung kommen. Der gute gelungene Film nimmt den Zuschauer in der Laubentkolonie „Blau-Fäule“. Die beste Figur in dem Film ist das „leichte“ Mädchen Adele, die von Lilly Arna, einem neuen talentierten Filmschauspieler, glänzend wiedergegeben wird. Als Beifilm wird „Der Riese als Heldin“ gegeben. Ein spannender, amüsantester Film, der ebenfalls sehr gut gespielt wird. Besonders leisten Hermann B. als ewig nachlaufender Amtsdienstmann, und Steinrück als Birt zum goldenen Löwen.

Apollo-Bühne. „Das Geheimnis des Abbe E.“ Einem jungen Abbe gelingt es, den Mörder seines Vaters zu entlarven. Die Liebe zu seiner schönen Schwägerin bringt ihn in schweren Gefährdungsstufen. Er ist mit dem Fluch der Hölle behaftet. Starke

Breslau, 2. Mai 1928.

Im Gegensatz zum vorigen Jahre war dem gefolgten 1. Mai ein sonniges warmes Wetter beschieden. Schon in den frühesten Vormittagsstunden waren die Straßen belebt mit feiernden Arbeitern. Von vielen Häusern grüßten rote Fahnen den Kampftag des internationalen Proletariats. (Was einige schwarzrotgelbe Lächer dabei zu lachen hatten, war schließlich unverständlich.)

Dem Aufste der kommunistischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen folgten, sammelten sich zwischen 10 und 10,30 Uhr an sieben verschiedenen Stellen die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus. In verschiedenen Wagen rückten sie nach dem Neumarkt. Besonders stark vertreten waren die Arbeiter des Nordens und des Westens, deren Stadtteilgruppen je über tausend Mann zählten. Der Beginn der Kundgebung verzögerte sich dadurch, daß der sozialdemokratische Zug über den Neumarkt geleitet wurde.

Ein Trompetensignal verkündete dann ihren Anfang. Der Delegierter der kommunistischen Partei, Genosse O. u. n., sprach in kurzen, kernigen Worten über die Markforderung: Abschaffung des freier Sonnabendnachmittag und darüber hinaus Kampfs dem Kapitalismus bis zu seiner Vernichtung. Genosse S. t. e. n. forderte die Tausende, die auf dem Neumarkt aufgestellt genommen hatten, auf, mit der kommunistischen Partei gemeinsam zu kämpfen, in ihrer Reihen einzutreten und dafür zu sorgen, daß am 20. Mai ein großer Stimmengewinn der SPD den Beweis erbringe, daß die Arbeiterschaft sich wieder zum Kampfe zu sammeln beginnt. Mit einem brausenden Hoch auf die kommunistische Partei und die kommunistische Internationale wurde die Kundgebung geschlossen.

Trotz der unterdessen sehr vorgerückten Stunde sammelten sich dann die Teilnehmer an der Kundgebung zur Demonstration. Unter den Klängen revolutionärer Lieder ging es durch die Breite Straße, über die Leisingbrücke durch die Straßen des Nordens nach dem

Westen, wo auf dem Berliner Platz die Auflösung erfolgte. Im Gegensatz zu dem SPD-Zuge gab es bei der Demonstration der revolutionären Arbeiter Transparente mit Kampfslogungen dieser ein lebhaftes Gepränge.

Am Nachmittag und am Abend führte die Partei vier Saalveranstaltungen durch, die sämtlich sehr gut besucht waren. Neben Musikvorträgen, Rezitationen und Theateraufführungen wurden überall Ansprachen gehalten. Der Brüder (West) sprach Genosse Steffen, bei Hoff & Görde, Süd, Zentrum) Genosse O. u. n., in den Rosenthaler „Drei-Kronen-Saal“ (Nord) Genosse G. r. e. b. e. und im „Oberstrom“ (Nordost) Genosse T. h. o. m. a. s. Besonders beliebt fanden noch die „Krochler“, die bei Brüder und Hoff & Görde auftraten.

Die Sozialdemokraten sammelten sich am Königsplatz und zogen nach dem Messelhof. Ihr Zug war, da sie ja die Gewerkschaften mitbrachten, verhältnismäßig stark. Während die Polizei nichts daran fand, daß der SPD-Zug über den Neumarkt geleitet wurde und dort unsere Kundgebung zu stören versuchte, und daß zum Schluß auch noch die „Kinderfreunde“ dorthin zurückgeführt wurden, wurde unseren von West anrückenden Genossen verboten, über den Königsplatz zu marschieren. Gewerkschaftsführer B. l. a. n. d. hatte sich persönlich bei dem befehlenden Polizeioffizier für dieses Verbot eingesetzt, mit der Begründung, daß „unsere Genossen zu viele seiner Leute mitgehen würden“. Und das konnte stimmen. Denn so mancher, der gestern mit der SPD und den Gewerkschaften mitzog, tat das in Unkenntnis der Vorfälle und Verhandlungen, die um die Einheit des Maiaufmarches geführt worden waren.

Der 1. Mai ist nun vorbei. Er war ein Auftakt zu den kommenden Kämpfen. An der Aktivität unserer Genossen wird es liegen, welchen Ausgang sie nehmen, ob sie so geführt werden, daß sie einen Vormarsch auf dem Wege zum endgültigen Siege darstellen.

WIE SICH DIE WIRTSCHAFT SAMMELN WIRD EINE HALBE MILLION WAHLFONDS!

„Pflicht“ liegt am Ende. Wilhelm Dieterle in der Hauptrolle bietet vorzügliche Leistung. Teilweise hervorragende Aufnahmen zeichnen den Film aus. Donnerstag: „Die vom Schicksal Verfolgten.“

Obertor-Lichtspiele. „Die vom Schicksal Verfolgten.“ Hier ist der sorgenvolle Weg derer aufgezeichnet, die nur die Arbeitskraft ihrer eigenen nennenden und doch nicht wissen, wie lange sie diese verkaufen dürfen. Eine unglückliche Proletarierfamilie muß den bitteren Reich der Leiden bis zur Keige leeren. Schlagen die Bettler machen Kinder zu Waisen und lassen sie Fragen stellen, die schwer zu beantworten sind. Sonntag und Montag, „Das Geheimnis des Abbe E.“ Wegen des beispiellosen Erfolges kauft der Film „Das Ende von St. Peterburg“ nochmals vom morgen, Donnerstag, ab bis Sonnabend einschließlich mit dem großen Lustspiel „Einbruch bei Raffes“ im Gewerkschaftshaus täglich 17¼ und 20½ Uhr. Zur Abendvorführung werden die Saalfenster geöffnet. Der Saal ist angenehm kühl. Sichern Sie sich durch zeitiges Kommen einen guten Einheitsplatz und achten Sie bitte auf das heutige Inserat.

Arbeitersport

Achtung, Sportberichterstatter! Die Wahlzeit erfordert die Ausnützung des Raumes unserer Zeitung für allgemeine, aufklärende Artikel. Wir bitten darum, während dieser Zeit die Berichte möglichst kurz zu halten und sich auf die Wiederergabe nur des Allerwichtigsten zu beschränken. Die Berichte der Breslauer Fußballspiele sind der Redaktion verspätet zugestellt worden. Da sie unterdessen berallt sind, bringen wir nur die Resultate der Spiele.

- Fußballresultate: Stern I — Sturm I 3:0 abgebroch. Stern II — Sturm II 1:1. Wader I — FSV I 2:2. Wader II — FSV II 1:1. Gertha I — Hermannsdorf I 1:1. VfL I — Strehlen I 7:2. VfL Schüler — Gertha Schüler 2:0. VfL 2. Jgd. — Fr. Sportfr. I. Jgd. 0:2. VfL 1. Jgd. — Falke 1. Jgd. 7:1. VfL III — Union III 3:2. VfL II — Strehlen II 6:1. 1924 I — Trebnitz I 2:0.

- Breslauer Fußballserienspiele für den 6. Mai: 17,00: Bratislawia I — Sportfreunde I, Brunert. 15,00: Bratislawia II — Sportfreunde II, Erdert. 17,00: Bernstadt I — Falke I, Bernstadt, Böffel. 17,00: Adler Flott I — Sil. Riders I, Leipziger-Petersdorf, Eichner. West I — Süd I, Eichentpark, Kronig. West II — Süd II, Eichentpark, Stiller. Sturm I — Trebnitz I, Mariachöfen, Gwald. Sturm II — Trebnitz II, Mariachöfen, Malzahn. 17,00: 1924 I — Stern I, Grotzschelwiese, Klapper. 15,00: 1924 II — Stern II, Grotzschelwiese, Eisner. 17,00: VfL I — VfL Dels I, Hermannshöhe, Wende. 15,00: VfL II — VfL Dels II, Hermannshöhe, Serined. 17,00: Cosel I — Sparta I, Neumann R. 17,00: Strehlen I — 1921 I, Strehlen, Scholz Karl. 15,00: Strehlen II — 1921 II, Strehlen, Scholz Karl. 17,00: Döwig I — VfL I, Leipziger-Petersdorf, Sobert. 15,00: Döwig II — VfL II, Leipziger-Petersdorf, Schmidt. 17,00: Kapit I — Zoltwitz I, Gafeltdorf, Gullenhagen. 17,00: Vorwärts I — VfL I, Stadion, Genärsch R. 15,00: Vorwärts II — VfL II, Stadion, Scholz Fr. 17,00: Union I — Robert I, Deutsch-Wissa, Resner. 17,00: Einigkeit I — Hermannsdorf I, Mochern, Kühn. 15,00: Einigkeit II — Cauth I, Mochern, Ulrich Fr. 17,00: FSV I — Hundsfeld I, Bebelpark, Gräntz. 15,00: FSV II — Hundsfeld II, Bebelpark, Reinert. 17,00: Gertha I — Wader I, Neumann R. 15,00: Gertha II — Wader II, Neumann R. 10,30: Sportfreunde III — Union III, Zantholzwiese, Kup. 10,00: Bratislawia IV — Stern III, Rudolf. 10,00: Einigkeit III — Bratislawia III, Mochern, Bebel. 10,30: VfL III — Sturm III, Ganda, Schorj. 10,00: Silke Riders III — West III, Stadion, Rieder.

- Jugendmannschaften: 10,00: Sparta 1. Jgd. — Süd 1. Jgd., Schlachthof, Knobloch. 15,00: Dels 1. Jgd. — Einigkeit 1. Jgd., Dels, Marschall. 10,00: West 1. Jgd. — VfL 1. Jgd., Eichentpark, Sanger. 10,00: FSV 1. Jgd. — Döwig 1. Jgd., Bebelpark, Geier. 10,00: Union 1. Jgd. — Sil. Riders 1. Jgd., Deutsch-Wissa, Münster. 14,00: Bratislawia I — Stroheln I, Jöbinsth G. 10,00: Kapit I — Gertha I, Gafeltdorf, Demmig. 9,30: Sportfreunde I — Union II, Zantholzwiese, Gabriel. 9,30: VfL II — Süd II, Ganda, Rothh. 18,00: Döwig 1. Jgd. — Vorwärts 1. Jgd., Döwig, Verein.

Fußballsparte. Verhandlungsaussch. Ladungen für 7. Mai: 20 Uhr Robert-Gertha, Mannschaftsführer und Vereinsvertreter beider Vereine und Schiedsrichter Jöbinsth G. (West). 20,30 Uhr Garzombel (Stern), Vereinsvertreter (Stern). 20,45 Uhr Adler (Union), Schiedsrichter Blum (Hermannsdorf) und als Zeuge Koller (Einigkeit). 21 Uhr Spielführer Süd II und Schiedsrichter Rudolf 1924. 21,15 Uhr Freie Sportfreunde-Süd und Vereinsvertreter.

Bezirksmeisterchaft der Arbeiter-Radfahrer. Am Sonntag wurde auf der Straße Mochern-Krieblowitz-Malzen die Bezirksmeisterchaft im Dreier-Mannschaftsfahren über 25 Kilometer der Klasse ausgefahren. Von zehn gemeldeten Mannschaften wurde Bezirksmeister Verein Breslau mit den Fahrern Sambale, Postel, Drabon, Walter in der Zeit von 53:42 Min. Zweiter wurde Verein Stabelwitz-Mangschütz mit 53:10 Min. Dritter Verein Friedewalde. Gegen Verein Klettendorf, der die beste Zeit fuhr, wurde protestiert, da er den Vorschriften nicht genügte. Die übrigen Mannschaften folgten nicht auf. In der Altersklasse wurde Bezirksmeister über 20 Kilometer Irgt schwerer Sturzes von Leschnit die Mannschaft Breslau mit Lorenz, Leschnit und Paff in der Zeit von 52:11 Minuten. Zweiter Verein Stabelwitz-Mangschütz in 53:10 Min. Im Einzelrennen über 10 Kilometer fuhr für Fahrer von 18 bis 20 Jahren wurde Bezirksmeister Genosse Perfid-Stabelwitz in 21:50 Minuten. Zweiter Klein Arthur, Dritter Scholz Paul. Die übrigen Fahrer folgten in kurzen Abständen.

Schüler- und Schülerinnen-Dreikampf am 6. Mai. Das Wettbewerbsergebnis ist, trotzdem sich nur die Hälfte der Abteilungen der FVJ. sowie Sportverein 1897 beteiligten, gut. Es sind Schüler gemeldet: 4. Abteilung 20, 5. Abteilung 12, 6. Abteilung 11, 7. Abteilung 15. Schülerinnen: 2. Abteilung 35, 3. Abteilung 23, 4. Abteilung 20, 5. Abteilung 10; Sportverein 1897 12 Schüler. Sämtliche Gemeindeten sowie Kampfrichter mühen 14,30 Uhr im Eichenpark sein. Da Ausleihergelegenheit im Eichenpark zurzeit knapp ist, werden die Leiter erucht, die Schüler und Schülerinnen bei günstiger Witterung in Sportkleidung anmarschieren zu lassen. Von sämtlichen beteiligten Abteilungen muß je ein Bandmaß geliefert werden. Als Teilnehmer Stappuhren sind mitzubringen, fungieren die Sportleiter der 4. und 6. Männer-Abteilung, 2. Turnerinnen-Abteilung sowie Sportleiter von 1897; am Start P. G. Würfel.

Freie Turnerschaft. Tennis-Abteilung. Donnerstag 20 Uhr im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses Versammlung. Vorstand eine halbe Stunde vorher.

Dels. Arbeiter-Kultur- und Sportkartell. Jedes Mittwoch 20 Uhr Abendabend für die „Raf.“ in der Turnhalle der Aufbauschule. Alle Kartellvereine haben das Recht, daran teilzunehmen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Alle Ortsgruppenleiter geben sofort Bestellungen für die vierte Wählnummer der „Arbeiter-Zeitung“ an den Verlag auf. Diese Nummer muß eine Rekordauflage erreichen. Jung-Spartakus-Bund: 17,00: Nord. Donnerstag 17 Uhr Heimabend „Stadt Ramlau“. Mitgliederbücher und Beitrag mitbringen. Roter Frontkämpfer-Bund: Alle Ortsgruppenleiter geben sofort Bestellungen für die vierte Wählnummer der „Arbeiter-Zeitung“ an den Verlag auf. Diese Nummer muß eine Rekordauflage erreichen. Breslau: 17,00: Abt. 6. Mittwoch 20 Uhr Kameradschaftabend bei Zanke. 17,00: VfL. Donnerstag 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße, Versammlung. Sympathisierende Frauen willkommen. Zeitungen von der Landpropaganda sind abzurechnen. Altwasser. VfL. Donnerstag 19,30 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftabend. Grünberg. Donnerstag außerordentliche Generalversammlung.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Fritz Dombrowski, für den Kultur- und Sportteil: Fritz Dombrowski, für den Lokalteil: Fritz Dombrowski, für den Jugendteil: Fritz Dombrowski, für den Frauen- und Arbeiter-Teil: Fritz Dombrowski, für den Arbeiter- und Sportteil: Fritz Dombrowski, für den Kultur- und Sportteil: Fritz Dombrowski, für den Lokalteil: Fritz Dombrowski, für den Jugendteil: Fritz Dombrowski, für den Frauen- und Arbeiter-Teil: Fritz Dombrowski.

Waldenburger Bergland

Gros-Waldenburg

Cyber der Nationalisierung. Infolge Verschleissabnutzung zürge der Dauer Paul Velt von einer Leiter herunter und wurde schwer verletzt. Der Lehrhauer Bölle geriet zwischen zwei Wagen und zog sich eine Kopfverletzung zu. Der Bauer Kowig erlitt durch den Fall eines Kohlenstückes einen Unterschenkelbruch. Der Lehrhauer Dahnmann trug Rücken- und Beidenverletzungen davon. Wo bleibt bei dieser ungeheuren Treiberei, welche derartige Unfälle mit sich bringt, bei der teuren Lebenshaltung, bei dem 16-Millionen-Gehalt für die Ortsgewaltigen die Forderung der Gewerkschafts-Vertreter nach zentralistischer Lohnverhandlung? Kommunalleute ziehen die Reformisten dem ehelichen Kampf für das Arbeitervolk vor! Quittiert ihnen darüber am 20. Mai!

Herr Bergverwalter zieht um. Durch den Grubenabbau im Oberdorf Weizstein sind die Häuser sehr stark in Mitleidenhaft gezogen worden. Dadurch führte kürzlich zur Nachtzeit (trotz anhaltender Reparatur das ganze Jahr hindurch) in der Villa des Bergverwalters der Ofen ein. Nun wurde ihm die Luft doch zu kühl und er entschloß sich, nach Bad-Salzbrunn in eine Villa übersiedeln. Die vielen Hunderte fleißiger Proleten des Oberdorfes, welche ebenfalls in steter Lebensgefahr schweben, sind nach wie vor in Lebensgefahr ausgelegt.

14 Monate Gefängnis. Die Verhandlung gegen den Bildhauer Döfler wegen fortgesetzter fittlicher Verfehlungen brachte ihm eine Gefängnisstrafe von 14 Monaten ein. Vergebens versuchte er den § 51 für sich in Anspruch zu nehmen.

Selbstmord. Im Schwembereich in Salzbrunn ertränkte sich ein Kalergerhilfe. Wirtschaftsforgen sollen seinen Entschluß herbeigeführt haben.

Freiburg

Wie mit Erwerblosen umgesprungen wird. Ein Erwerblosler schreibt uns: Ein Bauer verlangt auf dem Arbeitsamt einen Pferde- arbeiter. Herr Arbeitsvermittler Sommer aus Freiburg schnappt an einen besten und geht mit ihm ins Restaurant zu Knoblich, wo er Bauer wartert. Als Einleitung für Sommer ein Klotz, dann wird alles Gute von dem Gute erzählt (nach dem Rezept „Gut zuden hilft“). Als Trumpf ein Bier für den Erwerblosen. Der Erwerblose fragt nach dem Lohn, welcher so minimal war, daß er die Arbeit ablehnen mußte. Darob schimpfen: „Du laul“, „Juwiel held“, „wollen nicht arbeiten“ usw. wobei auch Frau Knoblich gegen die Erwerblosen aufgebracht ist. Ein anderer Fall: Ein Mädchen bar vor drei Wochen aus der Spinnterei entlassen. Die Möglichkeit besteht, daß es in zwei bis drei Wochen wieder eingestellt werden kann. Es wird auf Arbeitsamt bestellt und soll bald nach Liebichau am Gutbesitzer Ködner, jenseit wird die Unterstutzung entzogen. Herr Sommer sagte zu dem Mädchen: „Die Kühe werden sich eundern und freuen, wenn sie jetzt einen Sub-



topf bekämen.“ Das Mädchen lehnte die Arbeit ab, teils aus körperlicher Schwäche, teils wegen dem minimalen Lohne. Dafür wurde ihr die Unterstutzung entzogen. Auf dieser Stelle haben auch zwei männliche Arbeitslose die Arbeit abgelehnt. Resultat: Unter- stutzung entzogen.

Bolkenhain

ADGB Ortsauskunftung. Eine außerordentliche Sitzung des Ortsausschusses des ADGB fand am 26. April im „Grünen Baum“ statt. Erschienen waren sämtliche Delegierte sowie die Vorsitzenden

Tagung der Freien Schulgesellschaften

Am Sonntag, dem 22. April, fand in Nieder-Hermisdorf die Bezirkstagung der Freien Elternvereinigungen statt. Schulfreund Linke, der Vorsitzende des Bundes, hielt einen Vortrag über das Reichsschulgesez. Er stellte die Frage, ob wir das Schicksal des Reichsschulgesezes bebauern sollen oder begrüßen. Referent ging auf die Verfassung ein und streifte die Stellungnahme der Parteien zur weltlichen Schule. Referent erinnerte an den Schulkampf zweier Ortsgruppen, die bereits seit zwei Jahren in Schulkampf stehen und mit den größten Opfern diesen Kampf führen.

Bei der Errichtung neuer weltlicher Schulen müssen bis 5000 Einwohner 60 Kinder und über 5000 Einwohner 120 Kinder für den Besuch der neu zu errichtenden Schulen vorhanden sein.

Referent schnitt die Lehrerfrage an und bezeichnete sie als die schwerste Frage, die zu lösen sei. Leider muß festgestellt werden, daß von allen Stellen die Lehrerfrage der weltlichen Schule nicht unter- stützt, sondern sabotiert werde. Die freie Elternvereinigung stellt aus diesem Grund die Forderung nach einer Weltlichen Akademie. Schulfreund Linke beschäftigte sich mit der weiblichen Akademie zu Köln, für die sogar die SPD. gestimmt hat. Referent betonte, ob man für die rechtliche Sicherung der weltlichen Schule als Gegengabe die Bewilligung des Kontrabats geben solle, als unmöglich. Wir wollen eine neue Gesellschaftsordnung gründen und müssen zu diesem Zweck bei uns selbst anfangen. Wir werden ein Reichsschulgesez schaffen, wenn wir den Inhalt desselben werden bestimmen können. Mit diesen Worten schloß der Vorsitzende der Freien Schulgesellschaften sein Referat über das Reichsschulgesez.

Reichstagsabgeordneter Wendemuth (SPD.) war der Ansicht, daß nach den Neuwahlen, wenn die SPD. in der Regierung sitzen wird, die Grundlagen für ein Reichsschulgesez besser sein werden. Es aber dann ein Reichsschulgesez kommen wird, ist noch nicht sicher, da man dem Zentrum keine (!) Konzessionen machen könne. Wendemuth war der Ansicht, daß bei den schweren im wichtigen politischen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, die Kulturpolitik zurückgestellt werden müsse. Man solle aber nicht vergessen, daß das Reichs- schulgesez eigentlich ein Fortschritt für die weltliche Schule sei.

Nach Wendemuth solle man auch nicht die Gegenstände mit den konfessionellen Schulen verschärfen, und mit den Schulfreien solle man es nicht so eilig haben. Man solle erst alle Schlichtungsinstanzen und Vermittlungen, speziell der Abgeordneten, voll ausnützen. Dadurch sollen die Schulfreien abgestellt werden.

Die beste Schulfreipolitik gab der Landtagsabgeordnete Thiele zum besten. Auf die Anfrage eines Delegierten, warum die sozial- demokratische Landtagsfraktion für die weibliche Akademie des Zentrum nicht stimmte, erklärte Thiele: „Diese Frage kann man nicht aus dem Stegreif beantworten. Die sozialdemokratische Fraktion habe nach eingehender Beratung ihren Abgeordneten frei- gestellt, ob sie für oder gegen die Akademie stimmen wollen. Bei der Abstimmung erklärte sich die Mehrzahl der Abgeordneten für

der einzelnen Gewerkschaften. Der Angestellte des Bezirkssekretariats Striegau, Kollege Scholz, erläuterte die zweimäßige Verbindung des Arbeitsamts Vollenhalm mit Striegau. Als zweiter Punkt war die Festlegung eines Kustunftstages und als dritter die Anschaffung einer Schreibmaschine vorgelesen. Aus dem Vortrage hatte sich ergeben, daß ein Kustunfttag sich dringend notwendig macht, und ebenfalls folge der sich heraus ergebenden schriftlichen Mehrarbeit die Anschaffung einer Schreibmaschine. In einer am 11. April statt- gefundenen Sitzung wurde der Errichtung einer Zweigstelle der Arbeiterbank zugestimmt und die Leitung dem Kollegen Bruno Wier, Vorsitzendem des Metallarbeiterverbandes, wohnhaft Bolken- hain, Groß-Waltersdorfer Straße, übertragen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende nochmals an ein vollstädtiges Erscheinen zum 1. Mai; desgleichen am 24. Juni zum Gewerkschaftsfest, das gleichfalls am 11. April beschlossen wurde.

die Akademie, aber später, bei der Bewilligung der Mittel, haben sie dagegen gestimmt. (!)

Auch für ein Reichsschulgesez glaubte er eintreten zu müssen, und selbst bei einer Mehrheit der Sozialdemokratie würde die SPD. die Gegner nicht vergeßtigen. — Also selbst bei einer so- zialdemokratischen Mehrheit gebent Thiele gar nicht, die Weltlichkeit des Schulwesens zu verwirklichen.

Genosse Reichel, als Delegierter der Freien Elternvereinigung Langenbielau, ging auf das Reichsschulgesez ein und stellte fest, daß alle Reichsschulgesezentswürfe, gleich von wem sie eingebracht waren, als reaktionär bezeichnet werden müssen. Da unterschied sich der Entwurf von Schulz (SPD.) nicht von dem des Reudell. Genosse Reichel ging des weiteren auf die Lehrerfrage ein und forderte erhöhte Arbeit unter unserem Lehrpersonal für die freigeistige Bewegung. Wir sind nur für ein Reichsschulgesez, das die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens garantiert. Ein Reichsschul- gesez, das uns die Rechtligkeit im kapitalistischen System verleiht, uns aber an der Erfüllung unserer proletarischen Aufgaben hindert, nützt uns nichts. Ein derartiges Gesez muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Genosse Reichel wendet sich mit aller Ent- schiedenheit gegen die Politik Wendemuths und Thiels.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß 22 Ortsgruppen mit 3680 Mitglieder durch 31 Delegierte vertreten waren, dazu kommen noch 15 Vorstandsmitglieder.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Bezirks ist insbesondere hervor- zuziehen, daß der Mitgliederbestand sich im vorflohenen Jahre um 33,3 Prozent gehoben hat und daß das Einberufen und Zusammenarbeiten des Bezirks mit dem Bund ein gutes war.

Der Kassenbericht ergibt einen befriedigenden Stand.

Unter den Anträgen sind folgende Anträge der Bezirksleitung gefaßt worden: 1. Die Beiträge sind für alle Ortsgruppen die gleichen. 2. Alle Statuten sind genehmigungspflichtig. 3. Bei der WPD. wird eine Schlichtungsstelle geschaffen.

Ein Antrag Waldenburg, die Bezirksbeiträge zu erniedrigen, wurde nach ausgiebiger Aussprache von der antragstellenden Orts- gruppe zurückgezogen.

Ein Antrag Langenbielau, den Bezirk zur besseren Bear- beitung in Unterbezirke einzuteilen, wurde dem neuen Bezirksvor- stand als Material zur weiteren Prüfung übergeben. Ein weiterer Antrag, den Bezirkstag 1929 in Langenbielau abzuhalten, wurde angenommen.

Da die bisherigen Bezirksleitungsmitglieder Schulfreunde Dau- mann und Hertwig ihre Ämter niederlegten und auf Wieder- wahl verzichteten, wurden die beiden Leiter, die sich um die Weltliche Schule in Schlesien große Verdienste erworben haben, als zweiter Vorsitzender und zweiter Geschäftsführer gewählt.

Alle Delegierten gehen in ihre Ortsgruppen zurück und werden unermülich weiterarbeiten, bis das Ziel, die Weltlichkeit des gesam- ten Schulwesens, das natürlich nur durch den Sieg der Arbeiterklasse erreicht werden kann, erreicht ist.

Niederschlesien

Görlitz

Die Platzverteilung am Wochenmarkt. Uns wird geschrieben: Herr Marktmeister Bohme weist als solcher den Händlern auf dem Wochenmarkt die Plätze an. Läßt schon der Ton, in dem er manchmal mit ihnen verkehrt, viel zu wünschen übrig, so ist es die Art der Platzverteilung noch mehr. Wie mancher kleine Hän- dler, der nur auf den Wochenmarkt angewiesen ist, und den ganzen Winter über gestanden hat, möchte gern mal einen etwas günstigeren Platz. Das geht aber fast nie. Ja, es kommt vor, daß, wenn jemand wegen schlechten Verdienstes im Winter nicht den Markt besucht, er dann ganz nach unten gewiesen wird. Gut, mag es so recht sein. Dann aber keine Ausnahmen, Herr Marktmeister, wie z. B. bei der Frau N? Warum bekommt diese Frau stets ihren alten, günstigen Platz wieder, ganz gleich, ob der während des Winters von einem anderen besetzt wurde. Warum wird derjenige, der dadurch, daß er den ganzen Winter über gestanden hat, auch die Berechtigung hat, weiter dort zu stehen, wo anders hingewiesen? Die kleinen Händler, die so bitter um ihre Existenz ringen müssen, verlangen unparteiische Platzanweisung. Sie alle müssen ihr Stand- geld und ihre Steuern bezahlen. Kleinhändler, auch ihr müßt eure Einkünfte am 20. Mai mit der SPD. geben. Nur diese Partei vertritt auch eure Interessen und wahrt eure Rechte!

Penzig

Vom Wahlkampfe. Dieser Tage fand hier eine Wahlversammlung der SPD. statt. Die Besucherzahl war gegenüber den früheren Versammlungen der SPD. sehr dürftig, und wenn der Saal nicht zum Teil von unseren Genossen und Sympathisierenden besetzt gewesen wäre, würde es wohl traurig ausgefallen haben. Sonder- barerweise hegte man nicht wie üblich gegen die Kommunisten. Es mag wohl daran liegen, daß das Erlangen und Erhalten, ja der gesamte Dred, den man gegen die kommunistische Partei vertritt, sei den Arbeitern nicht mehr zieht. Ja, ja, ihr lieben Penziger von der SPD, die Arbeiter haben euch durchschaut, und wenn ihr noch so liebäugelt, das wertvolle Volk wird am 20. Mai seine Stimmen der einzigen Interessensvertreterin aller Unterdrückten, der Kom- munistischen Partei geben, der Liste 5!

Niesky

Straße und Selbstmordversuch. Der Motorradfahrer Kiesz vermischte in Greba eine Theateraufführung. Nach dem 1. Akt wurde die Schloßherrin Kleiner, die von ihrem Ehemann getrennt lebt, von ihrem Ehemann herabgestürzt. Nach einer halb- stündigen Unterredung gab der Kleiner auf seine Frau aus einem Revolver drei Schüsse ab, von denen einer die Frau schwer ver- letzte, wozu sich der Ehemann einen Schlag in die Schläfe beibrachte. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus übergeführt. Dort ist die Frau ihren Verletzungen erlegen. Der Ehemann wurde nach dem Görlitzer Stadtkrankenhaus übergeführt.

Fahrlässiges Straßenunfall. Das Rojauto Kiesz-Reichenbach Nr. überfuhr auf einer Sonderfahrt bei Rengelzdorf einen Radfahrer, der ein elfjähriges Mädchen auf dem Rade hatte. Der Radfahrer wurde auf der Stelle getötet, während das Mädchen mit einer Gehirn- erkrankung davonkam.

Lauban

Unterstüttungen bei der Kreiskommunalkasse! Ein jüngerer Beamter der hiesigen Kreiskommunalkasse hat sich Verunreui- ungen zuschulden kommen lassen. Er ist seines Amtes enthoben worden.

Grünberg

Abstimmung! Vertilage Grünbergs! Donnerstag 19.30 Uhr spricht in der Reichshallen die Genossin Rosi Volkstein-Berlin über die kommenden Wahlen. Erscheinet in Massen! Freier Eintritt.

Landtagung. Am vergangenen Freitag zogen die Genossen der Ortsgruppe Grünberg mit der RFD-Kapelle nach Pühna hinaus, um den Proleten und Bauern den Weg zu zeigen, der aus dem Elend führt! Nach ein paar Konzertsünden folgte eine Ansprache an die zahlreich erschienenen Ortsbewohner auf der Dorfane. Dann ging's weiter nach Lausitz zur öffentlichen Wahlversammlung, die sehr gut besucht war. Ekkandend lauteten die Arbeiter und Kleinbauern den Worten der Kommunisten. Unsere Schliparolen wurden be- gefert angenommen.

Bunzlau

Am Donnerstag spricht der Reichstagsabgeordnete Ottomar Geizle-Berlin im großen Volkshaus Saale über: „Bürger- bod, Sozialdemokratie und proletarische Diktatur“. Diese Ver- sammlung ist die Antwort an den Landtag sowie Dr. Wiese (SPD). Wir fordern sämtliche Arbeiter und Mittelständler an, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Uegnitz

Faucht im Gerichtssaal. Am Sonntagabend war der 50jährige Schneider Anton Stietezny wegen Heimatschwindelsteuen und son- stiger Betrügereien angeklagt. Während der Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht kam es zu einer regelrechten Ranzerei zwischen ihm und dem Justizwachtmeister, da er auszuwachen und eine Zengin anzufahren versuchte. Der § 51 wurde dem Angeklagten nicht zu- gesprochen. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Jugendhaus und 40 Reich Selbtskosten.

Sagan

Inhaltbare Zustände bei Ros-Löw-Bier

Am Donnerstag, gegen 23 Uhr, ereignete sich bei Ros-Löw-Bier ein größlicher Unglücksfall, der den Betroffenen wahrscheinlich das Leben kosten wird und zeigt, mit welcher Rücksicht die Firma ihren Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft betreibt. Der in der Deserer beschäftigte Arbeiter J. m. e. r. brach bei seiner Arbeit an den Bottichen durch den drei Meter hohen Lauffeg, der durch die ewige Kasse verfault war, und stürzte so unglücklich, daß der etwa 10 bis 12 Liter fassende Topf Schwefelsäure, den er trug, sich über den ganzen Körper ergoß. Binnen weniger Minuten waren Kopf, Rücken und Arme vollständig verbrannt. In der Deserer ist nur ein Mann beschäftigt, und nur durch Zufall wurde er von einem Maschi- nisten und Heizer gefunden, die ihm auch die erste Hilfe leisteten. Wir sind gespannt, wie sich die Gewerbeinspektion dazu stellen wird. Unserer Ansicht nach gehört der Verantwortliche für den Betrieb, der Direktor Schwarz, der, wie wir weiter unten sehen werden, sich um alles kümmert, nur nicht um die Schutzmaßnahmen für die Arbeiterklasse, vor den Staatsanwalt.

Dieser junge Herr (sein Jadedt ist noch vom Schulranzen zer- trütert), mit dem wir uns schon sehr oft beschäftigten, leistet sich mitunter Dinge, die man eben nur von der angeblich gebildeten Klasse erwarten kann. Im Zusammenhang damit wollen wir eine Episode zum besten geben, die sich jüngst abspielte. Eine Arbeiterin kam von der Bedürfnisanstalt und band sich im Hof die Schürze fest. Auch Herr Schwarz kam dort vorbei. Da nun in der Nähe einige Arbeiterinnen beschäftigt waren, andererseits sah aber die Arbeiterin in ihrem Schürzebinden nicht fören Ick, hielt es das junge Herrchen für seine Pflicht, seine wankende Autorität erneut zu befestigen. Folgender Dialog entspann sich: Schwarz: „Haben Sie keine Arbeit?“ Arbeiterin: „Nun sie langt zu.“ Ueber diese schlagfertige Antwort entpöht, zumal die anderen Arbeiter schon heimlich lachten, notierte er sich den Fall. Nach kurzer Zeit mußte die Arbeiterin in das Allerheiligste des Herrn Schwarz eintreten. Der Dialog ging weiter. Schwarz: „Ich soll Ihnen wohl etwas Bildung beibringen?“ Arbeiterin: „Ich denke, es würde nicht nötig sein.“ Der kleine Mann war platt und troch im Stühle zusammen. In solchen Momenten sieht er wie ein zerdrückter Flaschenloch aus. Dann gab er dem Meister den Auftrag, wenn ihm die Leute so „frech kommen“, ein- fach zu entlassen. Ein anderer Fall: In der Appreht warf er einem Arbeiter „notorische Faulheit“ vor. Die Belegschaft hat lange darüber diskutiert, konnte aber trotzdem nicht feststellen, welche Faul- heit „notorischer“ ist, die des Arbeiters oder die anderer Herren- zum Schluß bemerkten wir noch, daß unser „Fipel“ beantragt wird, diesem kleinen Mann ein Gedicht zu schreiben, das wir ihm auch pflichtgemäß zustellen werden.

Aus dem Riesengebirge

Autos Zusammenstoß. Auf der Straße in Boberröhrsdorf flogen zwei Autos zusammen. Beide Fahrer erlitten erhebliche Verlet- zungen, die Wagen wurden völlig zerstört.